

DER PROLETARIAT

ORGAN DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER
DEUTSCHLANDS

Hannover, 4. Juli 1931.

Willkommen in München!

Im Monat August des Jahres 1908 tagte unser Verbandsparlament schon einmal in München. Damals traten im „Gesellschaftshaus“ 102 Delegierte zusammen, die 137 000 Mitglieder vertraten, während die zum diesjährigen Verbandstag erscheinenden 165 Abgeordneten fast eine halbe Million Mitglieder repräsentieren. Damals war die Arbeiterschaft noch einig, noch geschlossen organisiert, heute ist sie zerrissen. Damals waren die Verhandlungen des Verbandstags getragen von brüderlichem Geiste; heute ist der Bruderswist, der Haß hineingetragen von politischen Demagogen. Damals rangen die verschiedenen Auffassungen rein geistig, heute steht immer sprungbereit die organisierte, prinzipielle Opposition. Kampf der zerstörenden, zersetzenden Elemente gegen disziplinierte Organisation ist die Parole. Heute werden also in das Verbandeleben die Störungen prinzipiell und systematisch hineingetragen von verbandsfremden Elementen. Sind doch 1928 beim Verbandstag in Hamburg die KPD-Kollegen mit der kommunistischen Parteileitung nach jedem Tagungsabschnitt zusammengetreten, um immer wieder neue Parolen, selbst die verrücktesten, in das Verbandsparlament hineinzuwurfen und die Verhandlungen zu sabotieren. Die RGO. würde solche Delegierte, die ein gleiches Manöver mit der SPD. aufführen würden, einfach zur Tür hinauswerfen. Müssen wir uns ein gleiches Theater wie in Hamburg auch in München gefallen lassen? Wir wissen, die gesunde Vernunft, der klare Geist werden siegen über Unvernunft, Demagogie und Roheit.

Ein Tagesordnungspunkt hat 1908 die Geister stark bewegt: die Frage der eventuellen Lösung der Landarbeiter von unserer Organisation. Die Lösung wurde beschlossen, und die selbständige Landarbeiterorganisation hat sich in der Folgezeit gut entwickelt.

Es ist diesmal schwer, zu sagen, welcher Tagesordnungspunkt als die brennendste Frage bezeichnet werden kann. Man möchte sagen, sie sind alle gleich wichtig; trotzdem dürfte der Punkt 4, „Statutenberatung“, die Geister am meisten bewegen. Doch das sind reine Familienangelegenheiten unseres Verbandes, während die Behandlung anderer Fragen weit über den Rahmen unserer Organisation hinausgreift; denn wir sind ja als Organisationskörper nicht losgelöst von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, sondern sind ein lebendiger Teil von diesen. Der Verbandstag sucht nach Mitteln und Wegen, wie die Organisation innerhalb dieser Verbundenheit am besten für die Mitgliedschaft wirksam sein kann.

Wirtschaftlich und politisch hat sich seit unserem letzten Verbandstag vieles geändert. Die Rationalisierung hat uns eine fürchterliche Krise gebracht, die für die Arbeitnehmerschaft wahrscheinlich eine Dauerkrise bleiben wird, wenn nicht der fortgeschrittenen Technik entsprechend eine bedeutende Arbeitszeitverkürzung allgemein zur Einführung kommt. Selbstverständlich wird sich dadurch die Arbeiterschaft nicht dauernd auf die Stufe des untersten Existenzminimums herabdrücken lassen. Vorerst gilt es, die Menschen von der Straße und aus der fürchterlichsten Hoffnungslosigkeit zu bringen.

Aber die Gewerkschaften brauchen Hilfe. Sie brauchen politische Hilfe, um die Frage in ihrem vollen Umfang der Lösung entgegenführen zu können. Wir brauchen die politische Hilfe vernünftiger Menschen, die bereit und fähig sind, der Arbeiterschaft die schwersten Opfer zu ersparen, solange es geht. Diese Hilfe kann uns nur die Sozialdemokratische Partei bringen. Die heutige bürgerliche Majorität des Reichstags verhindert jede Lösung im Sinne und zugunsten der Arbeitnehmerschaft. Diese könnte im Reichsparlament die überwiegende Majorität haben, stünde dem nicht der Unverstand der Massen entgegen. Die große Zahl der gewerkschaftlich und politisch indifferenten Arbeitnehmer sind im letzten Jahrzehnt der Demagogie links und rechts anheimgefallen und dadurch die Feinde ihrer eigenen Klasse geworden, ohne daß sie es wissen. Wir haben sie geistig nicht mehr erfassen können. Hätten wir nicht den Weltkrieg gehabt, und hätten wir in normaler Weise — wie in der Vorkriegszeit — unsere Technik schrittweise weiterentwickelt, dann hätten wir wahrscheinlich im gleichen Tempo die geistige Umstellung unserer indifferenten Klassenangehörigen vornehmen, sie aus dem Unterbewußtsein herausheben und zum vollen klaren Bewußtsein bringen können. Dieser Prozeß wird nunmehr jedenfalls sehr schmerzlich verlaufen. Das Unternehmertum, die kapitalistischen, die bürgerlichen Schichten überhaupt wollen diesen logischen und friedlichen Entwicklungsprozeß mit Gewalt abbrechen. Sie organisieren den rohen physischen Kampf mit allen Mitteln. Sie wollen unserer friedlichen Aufklärungsarbeit zuvorkommen, solange sie als Minorität noch in der Lage sind, mit „ihrem Gelde“ die moralische Verhüllung eines Teiles der Arbeitnehmerschaft zu betreiben. Mit gekauften Proletariern hoffen sie die aufsteigende Gesellschaftsschicht, das Proletariat, niederschlagen zu können. Sie erhoffen den Sieg für sich, für das zu Ende gehende kapitalistische Wirtschaftssystem. Für wie lange? Sie werden aber — wenn sie vorübergehend siegreich sein sollten — das gekaufte Proletariat auf die Dauer nicht befriedigen können; denn dessen Zahl ist zu groß, und Deutschland ist nicht Italien. Für das eingebildete Herrenmenschentum wird der Rückschlag dann um so fürchterlicher sein. Der gesellschaftliche Umbildungsprozeß geht durch alle europäischen Staaten, durch die ganze Welt. Der Brand, den die „Herren“ entfachen, wird überall auflodern. Wo finden sie noch eine Zufluchtsstätte? Wo können sie „ihren Besitz“ retten? Ihre Wertpapiere werden wertloses Papier. Wenn sie also den physischen Kampf selbst einleiten — den wir vermeiden wollten und könnten — dann sollen sie sich nicht beklagen, wenn der Riese, den sie zum Kampfe gerufen, sie zerschmettert.



Die Entwicklung geht weiter, so oder so. Der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehört nicht die Zukunft. Ihre Zeit geht dem Ende entgegen. Die aufsteigende Gesellschaftsschicht kann nur den Sozialismus bringen. Daran könnte auch eine vorübergehende Galgenfrist für die kampflustige Schwerindustrie nichts ändern. Der aus der kapitalistischen Wirtschaft herausgewachsene neue Geist ist unter allen Umständen sozialistisch. Sein lebendiger Träger ist die große Majorität des deutschen Volkes. Diesen Geist kann kein Faschismus töten. Er ist auf die Dauer mächtiger als Kapital und Waffen. Kennt ihr Geschichte, ihr rabiaten Kapitalbesitzer? Wenn nicht, dann werdet ihr die Opfer des Kampfes sein, den ihr provoziert, weil euch die Zukunft nicht gehören kann. Ein millionenfache Hohngelächter wird euch einst aus dem Proletariat her entgegenhallen auf das selbste

Gewiss eurer prostituierten Wissenschaftler über den Marxismus, den diese so wenig begriffen haben wie ihr selbst. Verlaßt euch darauf: Ihr werdet eure Krise nicht mit Waffen beseitigen, also auch nicht die Krisenfolgen.

Die Delegierten unseres 17. Verbandstages treten also in sehr erster Zeit zusammen. Sie wissen, daß unser wirtschaftlicher Gegner auch der politische ist und daß dieser Gegner nicht nur seine geistigen und wirtschaftlichen Waffen gegen uns anwendet, sondern daß er bereits die Mordwaffen gegen uns richtet. Er bleibt im Hintergrunde; die Mörder sind von ihm gedungen, bezahlt. Angesichts dieser Tatsache dürfte man erwarten können, daß der Bruderkampf in den Arbeiterreihen aufhört. Wir brauchen jetzt die Geschlossenheit noch dringender als seither schon. Ist auch die Situation noch so ernst, so

bleibt es trotzdem Aufgabe des Verbandes, den Mitgliedern Stütze zu sein in schweren Tagen wie seither schon. Wir wollen weiterbauen auf dem selbstgeschaffenen Fundament. Zu diesem Zweck liegt eine reichhaltige Tagesordnung vor. München ist guter Boden zu guter gewerkschaftlicher Arbeit. München hat eine gesunde Arbeiterbewegung, die selbst in der schwersten Zeit nicht niederzuringen war. Unsere Münchener Zahlstelle war und ist gut geleitet. Sie gehört zu den Pionieren in unserem Verbands. Das Bewußtsein, daß es so ist, müßte den Willen zur kollegialen Beratung geben, wenn er nicht vorhanden wäre. Weil dieser gute Wille aber schon vorhanden ist, so bleibt nur noch übrig, zu wünschen, daß die Delegierten — männlich und weiblich — sich am Isarstrande recht wohl fühlen mögen, und so rufen wir allen Delegierten, den ausländischen und den bayerischen, zu:

Herzlich willkommen in München!

Die Entwicklung der Zahlstelle München.

Im Jahre 1908 tagte unser Verbandsparlament schon einmal in München. Von den damaligen Teilnehmern weiß mancher nicht mehr unter den Lebenden. Andere sind an ihre Stelle getreten. Aber nicht nur die Lücken wurden ausgefüllt, der Verband hat sich auch weiterentwickelt zu einer großen und mächtigen Organisation.

An dieser Entwicklung hat die Zahlstelle München genau so Anteil genommen wie zur Zeit der Anfänge des Verbandes. Als im Jahre 1890 in Hannover einige beherzte Männer das Fundament unseres Verbandes legten und hernach ihre Ziele und Bestrebungen in alle deutschen Gänge trugen, da dauerte es auch in München nicht mehr lange, bis die dort gelegte Saat reifte. Wie anderwärts, so wurden auch hier die ungelernsten Arbeiter als die „Parasiten“ unter der Arbeiterschaft betrachtet.

Und so wurde am 12. August 1894 in München der „Verein zur Wahrung und Förderung der Interessen aller Tagelöhner und nichtgewerblichen Arbeiter für München und Umgebung“ gegründet. Nach kurzer Zeit schon ist die Mitgliederzahl, die sich in der Hauptsache aus Bau-, Metall- und Branerzweigsarbeitern zusammensetzte, auf zirka 300 angewachsen. Diese Neugründung mußte jedoch auch verschiedene Kinderkrankheiten durchmachen. Es mangelte noch an gegenseitigem Vertrauen, und die Versammlungen waren oftmals ausgefüllt von persönlichen Streitigkeiten. Manchmal hatte es sogar den Anschein, als ob wieder alles entzweiigen würde. Ein Teil der vorhandenen Mitglieder hielt es deshalb für notwendig, den Lokalverein aufzulösen und den Zusammenschluß mit dem in Hannover gegründeten Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands herbeizuführen. Die damalige Führung, vor allem der Kollege Wilki, sträubte sich jedoch sehr entschieden dagegen, so daß zu der Zeit aus dem Anstich nichts wurde. Die Befürworter des Anschlusses trennten sich dann von dem Lokalverein und suchten von sich aus Verbindung mit der Zentralorganisation in Hannover. Es bestanden deshalb in München eine Zeitlang zwei Organisationen der ungelernsten Arbeiter. Erst am 7. März 1897 beschloß dann eine Generalversammlung des Lokalvereins die Auflösung des Vereins und zugleich den Anschluß an den Zentralverband in Hannover. Trotz dieses Anschlusses bestanden aber merkwürdigerweise in München immer noch drei Zahlstellen des Verbandes nebeneinander. Die Verwaltungen der Zahlstellen sahen dabei ihre Hauptaufgabe darin, den Zahlstellenbereich genau abzugrenzen und mit peinlicher Genauigkeit zu überwachen. Erst im Jahre 1900 kam es dann zur Vereinigung der drei Zahlstellen. Dabei stellte aber eine davon noch die Bedingung, daß in ihrem Bezirk auch in Zukunft genau dieselben Versammlungen abgehalten werden müßten und die bisherigen Agitationsmittel zu beachten seien. Da inzwischen die Mitgliederzahl auf 1116 männliche und 282 weibliche gestiegen war, wurde am 1. August der Kollege Hämmler als Geschäftsführer angestellt. Die zu der Zeit erhobenen Beiträge reichten jedoch zur Bestreitung der Ausgaben nicht aus, so daß der Hauptposten ein für die damaligen Verhältnisse ziemlich hoher Betrag zuzuführen mußte.

In der Zwischenzeit war es möglich, für einige Gruppen die ersten Tarifverträge abzuschließen. So konnten für das Lagerpersonal der „Münchener Zeitung“ schon nach einem kurzen Streik bedeutende Verbesserungen erzielt werden. Die erreichten Erfolge und die damit verbundene Agitation brachten eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle Industrien anzuführen, in denen damals Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt waren und ihre Interessenvertretung verlangten. Damit erweiterte sich das Aufgabengebiet, und es mußte deshalb eine Hilfskraft angestellt werden. Am Ende des Jahres 1905 war die Mitgliederzahl bereits auf rund 4800 gestiegen. Aus kamen aber auch schon die Ansprüche anderer Organisationen auf Abgabe der Mitglieder in den Bau- und Verkehrsbetrieben. Rund 500 Mitglieder mußten deshalb an die in Betracht kommenden Organisationen abgegeben werden. Dieser Verlust wurde aber im nächstfolgenden Jahre wieder ausgeglichen.

Inzwischen wurden zwei weitere Kollegen angestellt, so daß nunmehr drei Kollegen und eine Hilfskraft für die Interessenvertretung der Mitglieder tätig waren. Besonders reich an Kämpfen war das Jahr 1906. Es waren nicht weniger als zwanzig Streiks zu führen, und außerdem war eine große Anzahl von Mitgliedern an dem großen Kampf in der Metallindustrie beteiligt. Mehr als drei Viertel der Streiks konnten mit vollem Erfolg für die beteiligten Mitglieder abgeschlossen werden. Nur in einigen Fällen waren die Bewegungen erfolglos. Dadurch wurde aber die Aufwärtsentwicklung nicht beeinträchtigt. Die erreichten Erfolge — es konnten in diesem Jahre 18 Tarifverträge abgeschlossen werden — stärkten trotzdem das Vertrauen zur Organisation. Im Laufe der Jahre wuchs die Zahl der Tarifverträge ganz bedeutend. Durch Bindungsverträge und Kurse wurde ein stetig steigender Stimm von überzeugten Gewerkschaftlern herangezogen. Der Weltkrieg brachte eine jähe Unterbrechung dieser Aufbau- und Erziehungsarbeit. Fast 2000 Kollegen wurden im Laufe des Krieges zum Heeresdienst eingezogen, von denen über 500 nicht zurückkehrten. Im Jahre 1919 vollzog sich dann wiederum eine gewaltige Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle. Die Hilfsarbeiterinnen und -arbeiter der weissen Industrie — Frauen unserer Organisation — so daß in diesem Jahre die Zahl der Mitglieder auf über 16000 anstieg. Infolge der politischen Vorgänge dieser Zeit verringerte sich die Mitgliederzahl wieder ganz bedeutend. Auch die Inflation und die damit verbundene Entwertung des Arbeitslohnes ist nicht ohne Einfluß auf den Mitgliederbestand geblieben. Doch der Stimm der Überzeugung hat dem Verbands die Krone gehalten, und somit war es dann auch möglich, alsbald wieder mit dem Aufbau zu beginnen. Diese Krone hat sich gelohnt, denn es war möglich, sofort wieder den Kampf um Verbesserung des Arbeitslohnes zu beginnen. Freilich waren dabei wieder Schwierigkeiten zu überwinden und Opfer zu bringen. Im Jahre 1925 mußte die Kollegenchaft der Gewerkschaften Industrie einen mehrwöchigen Kampf führen. Leider konnte ein momentaner Erfolg nicht erzielt werden, aber bei den späteren Kämpfen machte sich die Wirkung des Streiks bemerkbar.

Der im Jahre 1926 erfolgte Zusammenschluß mit dem Vorzeiler- und Glasarbeiterverband hat sich in der kollegialen Weise vollzogen. Unter den 200 Mitgliedern, die der Zahlstelle zugesetzt wurden, waren viele langjährige kampferprobte Gewerkschaftler, die sich auch nach dem Zusammenschluß sofort wieder in den Dienst der Organisation stellten.

Auch in anderer Beziehung ist der Verband gegenüber den ungelernsten Arbeitern nicht nachlässig geblieben. Durch die Eintragung der Gewerkschaften wurde ein weiterer Bei-

bau der Unterföhrungsleistungen vollzogen. Rund 300 Mitglieder der Zahlstelle beziehen diese Unterföhrung. Als besonders erfreulich kann bemerkt werden, daß die Zahlstelle in den letzten Jahren vom politischen Meinungsstreit ziemlich verschont geblieben ist. Dadurch ist das gegenseitige Vertrauen und die innere Verbundenheit der Mitgliedschaft gefördert worden. Gegenwärtig kann die Zahlstelle einen Mitgliederbestand von 5800 aufweisen.

Die bestehende Wirtschaftskrise laftet jedoch auch auf einem großen Teil der Mitgliedschaft. Über 20 Prozent sind schon seit Herbst vorigen Jahres arbeitslos. In der Papierindustrie arbeitet die Mehrzahl der Belegschaft schon länger als ein Jahr nur vier- höchstens fünf Tage. Bis vor kurzem waren fast alle noch vorhandenen Betriebe von der Kurzarbeit betroffen. Erst in letzter Zeit ist in der chemischen Industrie und in einigen Betrieben der Papierindustrie eine kleine Besserung eingetreten. In der Ziegelindustrie sind die Aussichten infolge der geringen Bauaktivität besonders schlecht.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle München begrüßt freudig den Verbandstag und spricht den Wunsch aus, daß die dort gefaßten Beschlüsse der Gesundung und Aufwärtsentwicklung des Verbandes dienen mögen.

Der RGO.-Spul.

Von einem ehemaligen kommunistischen Funktionär.

Eine ungeheurer schwere Last drückt auf die deutsche Arbeiterklasse. Die Wirtschaftskrise wütet in einem noch nie gekannten Ausmaß und droht alles Bestehende zu vernichten. Alle Gegner der Klassenbewußten Arbeiterklasse sehen in dieser Wirtschaftskrise einen willkommenen Bundesgenossen und benutzen sie zur Niederdrückung der wenigen Rechte, die sich die organisierte Arbeiterschaft in jahrelangem schwerem Ringen erkämpft hat.

Zur gleichen Zeit sind die kommunistischen Faschadenkrampfhaft am Werk, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Ganz gleich, ob es die freien Gewerkschaften sind oder die Arbeiterportverbände, die Genossenschaften, die Freidenker — überall wird bewußt die Spaltung hineingetrieben, einzig und allein zur Erringung der Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung. Wenn auch dabei die Kampfkraft geschwächt, die Organisation zerrüttet wird, darüber macht man sich keine Gedanken, sondern geht mit einer großen Gehe über hinweg. Aber hinter den Quertreibereien stecken die sowjetrussischen Einpeitscher, denn die straffen deutschen Organisationen sind den bolschewistischen Nachhabern schon lange ein fester Wall gegen die Erfüllung ihrer dunklen Pläne.

Wer einige Jahre in der kommunistischen Bewegung aktiv gearbeitet hat, der kennt den ganzen Laden von innen und außen. Hinter dem ganzen Phrasenschwall, auch wenn noch so starke und „revolutionäre“ Worte gebraucht werden, stecken bei weitem nicht das treue Kampferbe oder die edlen Führernaturen, wie so mancher ehrliche Prolet glaubt.

In meiner ehemaligen Ortsgruppe habe ich niemals eine geregelte Kassenführung kennengelernt. Ein echt linientreuer Genosse wurde einfach damit beauftragt, und schon war alles in bester Ordnung. Jemandem Abrechnung gab es niemals, angeblich wegen der stets drohenden Illegalität. Dabei war immer ein beträchtlicher Umsatz an Broschüren, Zeitungen und dergleichen gewesen. Es gab aber auch noch überzogene Kommunisten, die bei einer solchen Art Kassenwesen jede Korruption für ausgeschlossen hielten. Wenn in der Partei so die einfachsten Grundzüge einer Massenorganisation übergegangen werden — wie soll es da erst in den einzelnen Nebenorganisationen ansehnen?

Die KPD hat schon lange kein Interesse für Arbeiterforderungen und deren Verwirklichung. Erklärte doch kürzlich der kommunistische Landtagsabgeordnete Schwenk (Wettlin) vor den versammelten Funktionären: „Uns Kommunisten kommt es nicht an die Interessen der Arbeiterschaft an, sondern wir müssen stets nur Erfolge für die Partei herausholen.“ Ergo nichts für die Proleten, sondern alles nur für die Partei. Wirklich echt linientreu!

Diese verrückte Taktik brachte die Isolierung der kommunistischen Funktionäre in den Massenorganisationen. Das Rückliegende war natürlich die Schaffung des eigenen Ladens, wie „RGO.“, „Rot Sport“, „Verband der Gottlosen“ und dergleichen, lauter totgeborene Kinder. Wie werden nun hier die Arbeiterinteressen wahrgenommen? Alle realen Forderungen werden als reformistisch abgelehnt. Das Verwerfen der Tariffähigkeit, der Schiedsgerichtsbarkeit u. a. bedingt aber keine Wahrnehmung von Arbeiterforderungen. Goll jede einzelne Ungerechtigkeit durch Kampf, das heißt im kommunistischen Sinne durch Streik, erzwungen werden, dann hat sich jeder Betrieb in Kürze totgekämpft. Die Beispiele über Form und Ausgang solcher Arbeitskämpfe unter Führung der RGO. werden oft genug in unserer Gewerkschaftspresse geschildert.

Ein anderes Merkmal zeigt ebenfalls die kommunistischen Gewerkschaften. Der äußerst niedrige Beitrag, den die RGO. erhebt, dient als Köder für die breite Masse. „Nur ein Verwaltungsbeitrag“, so heißt es in den Richtlinien. In Wirklichkeit sind es Gelder für gewissenlose Agitation und Propaganda in den unerschöpflichen Räumen der Parteikasse. Da

jegliches Unterföhrungswesen als reformistisch abgelehnt wird, gibt es keine finanzielle Unterföhrung des Streiks, in Notfallfällen usw. Aber eins steht fest: Wenn die materiellen Voraussetzungen fehlen, so muß jeder Kampf von vornherein mit einer Niederlage enden. Aber die kommunistischen Jongleure finden eben aus jedem Dalles einen Ausweg. Ist durch die zügellose Propaganda wirklich ein Kampf entbrannt, so müßte die kommunistische Heilsarmee, genannt Internationale Arbeiterhilfe, einspringen. Die Betteluppen aus Almosen genügen aber meist nicht den Anforderungen, auch wenn die revolutionäre Tagespresse noch so sehr über großzügige Solidaritätsaktionen schwätzt. Die rauhe Wirklichkeit sieht fast immer anders aus und läßt sich nicht wegleugnen.

Die realen Tafsachen aus Theorie und Praxis der „revolutionären Einheitsfront“ sind schon manchem denkenden Kommunisten klar geworden. Als einziger Ausweg blieb bisher nur das Zurück zu den freien Gewerkschaften und zur Sozialdemokratischen Partei. Der gegnerische Ansturm von links muß mit den schärfsten Mitteln abgewehrt werden, damit der Aufstieg der freien Gewerkschaftsbewegung nicht im Jahre zurückgeworfen wird.

Die 12. Ausschussung des ADGB.

tagte am 20. Juni im Sitzungssaal des Reichsarbeitsrats. In seinem Bericht wies Leipart darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe. Leipart streifte kurz die Ausschussung des ADGB in Madrid und die bisherigen Vorschläge der vom IOB und der SWJ eingesetzten Abfästungskommission. Dann ging Leipart auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Reihe von Verbänden sind vom Reichsarbeitsministerium zu Besprechungen in der nächsten Woche geladen worden. Leipart erörterte kurz die dadurch geschaffene Sachlage.

Der Bundesauschuß wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen.

In der Ansprache trat Thieme dafür ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit einem Einstellungsstopp verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Krauß hielt es für notwendig, daß die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium in einseitigem Sinne geführt werden. Der Einstellungsstopp muß, wenn die Arbeitszeit durch Verordnungen geregelt werden soll, durch die gleichen Verordnungen ebenfalls eingeführt werden. Leipart erklärte, daß die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit überall gegeben sind. Aber ihre praktische Durchführung nur in einzelnen Gewerbebezügen widerspricht der grundsätzlichen Auffassung der Gewerkschaften und schafft außerdem weitgehende, für die Tätigkeit der Gewerkschaften wie auch für die Wirtschaft selbst unerträgliche Verschiedenheiten in den Arbeitsbedingungen der einzelnen Gewerbe.

Bernhard betonte die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt die Forderung der Gewerkschaften. Sie ist eine arbeitsmarktpolitische Forderung. Brandt erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an der 40-Stunden-Woche nach wie vor festhalten müssen. Eggerl bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 v. H. eingetreten sei. Angesichts dieser Produktionssteigerung, die ein nur zu 80 v. H. ausgenutzter Produktionsapparat ermöglicht hat, muß der Bund die Arbeitszeitfrage unter großen, mit langen Zeiträumen rechnenden Gesichtspunkten betrachten. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im großen Zuge der Entwicklung.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungsstopp auch in den Durchföhrungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Stellungnahme zur allgemeinen Lage.

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur allgemeinen Lage“ leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und bei dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte insbesondere den Brief, den er einige Tage vor der endgültigen Formulierung der Notverordnung an den Reichskanzler gerichtet habe. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem Abband Stellung genommen und seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die gleichfalls in der Presse erschienen sind. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben. Leipart wies in dieser Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitnehmern zugemutet würden. Es war bezeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften in ihrer abschließenden Ablehnung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung einig waren. Die Vertreter der Gewerkschaften unterliegen auch nicht, auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung befreilicherweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts steht z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über

die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch härteren Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reichs geordnet würden. Der Reichskanzler wie die beiden anderen Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu; sie lie aber nicht zu vermeiden gewesen, und sie könnten sich nicht auf überhäufte Änderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Änderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen.

Leipziger Schloß seine Ausführungen ab mit einer eingehenden Begründung der Entschliessung, die der Bundesvorstand vorlegt.

In der Debatte kam in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradezu unerträglichsten Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeinbediensteten treffen. In Berlin z. B. tritt für den Handwerker in Gemeindebetrieben eine Stundenlohnsenkung von 27 Pf. in Solingen gar von 37 Pf. ein. Wenn diese Kürzungen durchgeführt würden, so sind für die öffentlichen Betriebe die größten Beschränkungen berechtigt.

Für die Bauarbeiter schafft die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet.

Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen.

Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde festgestellt, daß das Reich den Tabakarbeiter, die infolge der Reichssteuererhebung arbeitslos geworden sind, die Sonderunterstützung ohne weiteres entziehe. Von 142 000 Arbeitern werden nach den neuen Bestimmungen 82 000 arbeitslos und ohne jede Unterstützung sein.

Einstimmig angenommen wurde die folgende vom Bundesvorstand vorgelegte

Entschliessung.

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundtendenzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angeichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Kündigungen von Auslandsaufhabern und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftskräfte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungefähre, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerjoch entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verbindung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angeichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen, die große Mittel freisetzen wird, müssen erste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die bisherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sonderprivilegien für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Weisbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinkauf; nach ersten Maßnahmen zur Arbeitseinstellung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Irene der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

In seinem Schlusswort sprach Leipziger der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat.

Frauenfragen.

**Zur Frauenfrage in unserem Verbands-
Notwendige Betrachtungen
zum Verbandstag.**

Gibt es überhaupt eine besondere gewerkschaftliche Frauenfrage? Manche Kollegen verneinen das. Aber bei Prüfung dieser Frage müssen wir feststellen, daß fast überall die Frauen noch benachteiligt sind, insofern also tatsächlich eine Sonderstellung einnehmen, sei es im Betrieb hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeitschutzes, der Mitarbeit der Kolleginnen im Betriebsrat oder als Vertrauensperson usw., oder sei es im Verbandsleben bzgl. Ausübung von Verbandsfunktionen, Delegationen zu Konferenzen, aber sei es sozial, wirtschaftlich und politisch usw. Es fällt dem

Manne oft unendlich schwer, die Kollegin als wirkliche Schicksalsgenossin und als richtigen Arbeitskameraden, eben als gleichberechtigt zu schätzen und zu achten. Warum das? Ist es nur noch die Überlieferung aus jener Zeit, in der die Frau „von Rechts wegen“ als minderwertig und unfähig bezeichnet wurde? Oder steht man vielleicht für die Gegenwart und Zukunft oft genug in der Frau nur die Konkurrenz? Glaubt man dabei nur, die Kollegin würde den Kollegen am beruflichen Aufstieg hindern, oder ihn am Ende gar verdrängen von seinem Arbeitsplatz? Ich will auf alle Einzelheiten und möglichen Betrachtungsweisen hier nicht eingehen. Aber jedenfalls muß zur Überwindung der jetzigen gesellschaftlichen Unordnung ein viel größeres Kameradschaftsverhältnis sowohl im Betriebe wie im Verbandsleben Platz greifen, im Interesse der Organisation und — der sozialistischen Lösung der Frauenfrage!

Ich halte es für notwendig, an dieser Stelle auf folgende Anträge zur Frauenfrage auf den zurückliegenden Verbandstagen zu verweisen, die zum Beschluß erhoben wurden:

Frankfurt a. M. 1922, Antrag P 15: „Die Arbeiterin mit 18 Jahren soll als Vollarbeiterin gelten. Bei Lohnabkommen sollen für Frauen mindestens 80 Prozent der Männerlöhne gefordert werden.“

Leipzig 1925, Antrag A 26: „Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ zu liefern.“

Hamburg 1928, B 13: „Der Verbandstag befand die Notwendigkeit der stärkeren Heranziehung unserer weiblichen Mitglieder zu den Verbandsfunktionen, insbesondere zur Werbekämpfung unter den Arbeiterinnen selbst, und beauftragt

Die machthungrigen Unternehmer

der Schwerindustrie spielen mit Diktaturgedanken. Gelänge es ihnen, ihre abenteuerlichen Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, müßte die gesamte freie deutsche Arbeiterbewegung einen Kampf auf Leben und Tod bestehen, wenn sie nicht mit einem Schlage alle sozialen Errungenschaften, alle politischen und wirtschaftlichen Rechte verlieren will. Unternehmerdiktatur in Staat und Wirtschaft bedeutet völlige Rechtslosigkeit der Arbeiterschaft, Zurückstoßen in das Helotendasein vergangener Jahrhunderte, immerwährenden Hunger und Elend. Die Industriegewaltigen

Stützen sich auf die Nazis.

Diese sollen dann das arbeitende Volk mit roher Gewalt niederhalten. Sie werden die Schutzgarde des Kapitals sein und mit Wonne Arbeiterblut vergießen, wenn das Kapital es befiehlt. Unternehmerdiktatur bedeutet Herrschaft der Arbeiterfeinde, bedeutet Not und Tod für die Arbeiterschaft, bedeutet blutigen Bürgerkrieg. Wer das nicht will, muß die freien Gewerkschaften stärken, muß in ihnen gegen alle Feinde und Schädlinge der Arbeiterbewegung kämpfen.

**Die Gewerkschaften schützen Deine
Freiheit!**

den Vorstand, in der Zusammenfassung der Kolleginnen in den einzelnen Bezirken fortzuführen. Nach Prüfung der Ergebnisse hat der Vorstand zu erwägen, ob und wann eine Konferenz der Kolleginnen erforderlich ist.“

Der diesjährige Verbandstag wird in seiner Zusammenfassung bzgl. Frauenvertretung dasselbe Bild zeigen, wie der letzte Verbandstag in Hamburg. Nur vier Zahlstellen haben es fertig gebracht, eine Kollegin zu delegieren, obgleich wir auch in anderen Zahlstellen befähigte Kolleginnen hatten und jetzt noch haben: Es sind auf dem diesjährigen Verbandstag vertreten: 2 Zahlstellen mit 4, ferner 1 Zahlstelle mit 3 und 11 Zahlstellen mit 2 Delegierten. Aber unter diesen 23 Delegierten befindet sich keine Kollegin, obgleich im Mai d. J. in den hier erwähnten 14 Zahlstellen zusammen 66 258 männliche und 23 833 weibliche Verbandsmitglieder vorhanden waren. Die vier Zahlstellen, die je eine Kollegin delegierten, haben zusammen 19 744 männliche und 8855 weibliche Mitglieder. Da die Delegierten nun gewählt sind, bleibt uns nichts anderes übrig, als der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die in Zahlstellen mit zahlreicher weiblicher Mitgliedschaft gewählten Delegierten sich an die Wünsche und Forderungen der Kolleginnen erinnern mögen; nicht allein auf dem Verbandstag selbst, sondern überhaupt bzgl. Ausführung der Verbandstagsbeschlüsse.

Wie steht es denn nun mit den berechtigten Forderungen der Kolleginnen? Die Zahl der organisierten Kolleginnen in unserem Verbandsbezirk betrug auf Grund der Abrechnungen am Schluß des 1. Quartals dieses Jahres 88 866 oder 20,8 Prozent von der Gesamtzahl der Organisierten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit blieben nicht ohne psychologische Wirkungen. Jeder weiß um die Depression oder kennt wenigstens die tiefe Ergebenheit der Arbeiterinnen in ihr Schicksal. Wir dürfen uns aber nicht nur mit dieser Feststellung begnügen. Wir müssen alles daransetzen, die Absicht zu haben zu gewinnen. Die Bedenken der Kolleginnen, daß sie noch eher entlassen würden, wenn sie organisiert sind, müssen von Seiten der Funktionärinnen viel energischer bekämpft werden. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Funktionärinnen selbst genügend aufgeklärt und von der Schlagkraft der Organisation überzeugt sind. Was taten wir nach dieser Richtung für unsere Kolleginnen? In puncto Schulungsarbeit hat der Vorstand sehr viel getan. Die Konferenzen und Kurse sind nötig im Interesse der Gesamtbewegung. Das wollen wir grundsätzlich festhalten. Darüber hinaus haben wir als Frauen, oder besser gesagt als Kolleginnen, auch Vorschläge und Forderungen geltend zu machen im Interesse der Gesamtbewegung. Wir wollen gewiß keine Sonderrechte für weibliche Mitglieder. Ist es aber ein Wunder, daß bei manchen Kolleginnen der Gedanke auftaucht, das Statut müsse ihnen

einen Rechtsanspruch auf eine weibliche Delegierte geben bei Vorhandensein einer bestimmten Zahl weiblicher Mitglieder im Zahlstellengebiet? Kolleginnen, die sich in Versammlungen und persönlich mir gegenüber in diesem Sinne äußerten, verwiesen des öfteren auch auf die Bestimmung im Parteistatut, wonach die Frauen entsprechend ihrer Mitgliederzahl nicht nur delegiert, sondern auch als Vorstandsmitglieder gewählt werden sollen. Wenn wir nur die Zusammensetzung unserer Zahlstellenverwaltungen prüfen, dann müssen wir schon erkennen, daß manches besser werden kann.

Wir werden von den Kolleginnen auch stets verlangen müssen, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen im Interesse der Organisation und der Arbeiterinnen größer wird. Warum und wobei sollten Kolleginnen überhaupt beiseite stehen? Lieber etwas stürmischer vorwärts drängen, selbst auf die Gefahr hin, daß das nicht von allen Kollegen gern gesehen oder gewünscht wird. Schließlich ist aber der Bewegung mehr gebietet, als wenn die Kolleginnen dauernd in der Reserve verharren oder aus Verärgerung oder um sich bei den Kollegen nicht unbeliebt zu machen, nicht genügend aus sich herausgehen. Es geht darum, der Frauenleistung die gerechte Wertung zu verschaffen, und das bedeutet noch viel Kampf um Frauenrechte und Frauenziele. Und dieser Kampf wird auch in der Hauptsache abhängig sein vom Grad der Mitwirkung der Kolleginnen selbst.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung auf dem 17. Verbandstag, der sich mit der Frauenfrage befaßte, haben die Funktionärinnen des Gaues Dresden eine Reichs-Frauenkonferenz unseres Verbandes beantragt. Die Kreisfelder Kolleginnen fordern, daß alle Gaue Frauenkonferenzen abhalten und Arbeiterinnen-Agitationskommissionen bilden. Beide Anträge haben zum Ziele, eine größere Anzahl von Funktionärinnen heranzubilden, damit die Agitation unter den Frauen mehr gefördert wird. Wie bereits erwähnt, wurde anlässlich des Hamburger Verbandstages auch schon in Entschliessung B 13 die Notwendigkeit der stärkeren Heranziehung unserer weiblichen Mitglieder zu Verbandsfunktionen und zur Werbekämpfung betont. In der Zusammenfassung der Kolleginnen in den einzelnen Bezirken sollte fortgeführt werden. Einige Gaue haben aber bis heute noch keine Frauen-Konferenz veranstaltet. Warum wohl nicht? — Es wäre sehr zu wünschen, daß alle Gaue ohne Ausnahme zu dieser ersten Frage auch ernsthaft Stellung nehmen und entsprechend der Entschliessung des Hamburger Verbandstages und auch im Sinne des jetzigen Kreisfelder Antrages zum Verbandstag 1931 handeln. An Anregungen seitens des Vorstandes hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Der Antrag des Gaues 7 verdient ebenfalls gewürdigt zu werden. Hier wird der Verbandstag zu prüfen haben, ob diesem Antrag nicht schon bald entsprochen werden kann. Der Antrag Lanenburg (Pommern) auf Einführung eines „Verheirathungsgeldes“ für weibliche Mitglieder sollte aber nicht zur Annahme empfohlen werden. Warum Sonderrechte für Frauen im Statut schaffen? Das wäre vielleicht zu verstehen und zu vertreten, wenn wir in den Betrieben nur ledige Arbeiterinnen hätten. Wir haben aber doch auch einen beträchtlichen Prozentsatz verheirateter und verwitweter Frauen. Außerdem stehen wir doch auch nicht auf dem Standpunkt, daß das Mädchen mit ihrer Verheirathung den Betrieb und die Organisation zu verlassen habe. Wir wissen, daß viele Mädchen gezwungen sind, nach ihrer Verheirathung noch weiter zu arbeiten; und andere, die den Betrieb zunächst verlassen, kommen nach einiger Zeit auch wieder zur Arbeit. Wenn man glaubt, durch die Einführung eines Verheirathungsgeldes oder einer sogenannten „Aussteuerunterstützung“, wie einige wenige Verbände, die diese Unterstützung einführen, diese Sonderunterstützung für Frauen nennen, würde ein Agitationsmittel zur Gewinnung jüngerer Arbeiterinnen gegeben sein, so haben gerade die in Frage kommenden Organisationen den Beweis dafür noch nicht erbringen können. Ferner müßten die zur Auszahlung gelangenden Summen sich ja auch wie alle anderen Unterstützungszweige nach der Höhe der geleisteten Beiträge und der Dauer der Mitgliedschaft richten. Es würde da wohl mehr Unzufriedenheit hervorgerufen, als der Agitation dienlich wäre. Es fehlt also jede plausible Begründung für solche gewerkschaftliche „Heirats-Aussteuerbeihilfe“. Außerdem wollen wir nicht in ein Gebiet eingreifen, das für die Volksfürsorge in Frage kommt. Die finanzielle und organisatorische Kraft unseres Verbandes gestaffelt auch im Augenblick nicht, noch weitere Unterstützungszweige zu schaffen. Vor allen Dingen gilt es: mehr die Gleichberechtigung der Kolleginnen mit den Kollegen zu betonen. Selbstverständlich wollen die Kolleginnen auch die gleichen Pflichten auf sich nehmen. Jedenfalls handelt es sich hier um Grundfrage, die auch der Verbandstag 1931 nicht außer acht lassen kann. — Anna Sammet.

Wirtschaftliches.

**Um 3,7 Milliarden verringertes Arbeitseinkommen
im ersten Vierteljahr 1931.**

Der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 3. Juni bringt eine Untersuchung über den Rückgang des Arbeitseinkommens im ersten Vierteljahr 1931. Zwei Quellen sind vor allem für den Rückgang des Arbeitseinkommens verantwortlich, einmal die gegenüber dem Vorjahr stark gestiegene Arbeitslosigkeit, dann die infolge des Lohnabbaues und der Kurzarbeit stark verminderte Einkommenshöhe. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1931 lag die Ziffer der Arbeitslosen um gut 1,6 Millionen über der des Vorjahres, was bei Einrechnung der an Umfang erheblich gestiegenen Kurzarbeit eine Verringerung des Arbeitseinkommens gegenüber dem gleichen Zeitraum 1930 nach den Schätzungen des Konjunkturforschungsinstituts um rund 1,2 Milliarden bewirkt haben dürfte. Die Senkung der Tariflöhne und der Gehälter, die in den wichtigsten Industriezweigen 5 bis 7 Prozent ausgemacht hat, brachte weitere Einkommensvermindierungen. Die tatsächliche Verminderung des Einkommens wird allerdings durch die Tariflohnsenkung allein nicht erfasst, da darüber hinaus die überkarifischen Zuschläge, Alterszulagen usw. vielfach wegfielen, oder auch Rückverlegungen in niedrigere Lohngruppen stattfanden. Ein-

schließlich der Kürzungen der Beamtengehälter errechnet das Konjunkturforschungsinstitut diesen durch Einkommensverminderung verursachten Ausfall an Arbeitseinkommen auf 2,5 Milliarden oder auf 15 Prozent des Einkommens im ersten Vierteljahr 1930, so daß einschließlich des durch Zunahme der Arbeitslosigkeit entstandenen Ausfalls sich ein Rückgang des Arbeitseinkommens gegenüber dem ersten Quartal 1930 um 3,7 Milliarden ergibt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistische Herren und kommunistische Profetiarier.

Die KPD. und die RGD. leben nicht nur von der Gemeinheit. Wenn die kommunistischen Herren auch jetzt ihrem Volk wieder erzählen, wie gut es den sozialistischen Arbeiterführern geht, so bekommt die kommunistische Arbeiterschaft doch nie eine detaillierte Abrechnung über den Aufwand der kommunistischen Herren. Sie haben auch Ursache, über ihr Einkommen einen Schleier zu ziehen. Die kommunistischen Herren haben nicht nötig, Wassersuppe zu essen, wie die von ihnen in den Streik gehetzten Arbeiter. Die kommunistischen Herren heucheln das ganze Jahr Elend; sie machen aber in aller Welt Festgelage mit. Sie tafeln bei Sekt und Lustern mit den deutschen Kapitalisten; sie zechen mit faschistischen Regierungsmenschen. Die Kommunistin Kollontaj ist in Stockholm im königlichen, von sieben Pferden gezogenen Gala-Hofwagen ins königliche Schloß gefahren, um in prunkenden Gewändern dem König ihre Aufwartung zu machen. Der kommunistische Gesandte in Rom verkehrt in bürgerlich-feierlicher Weise mit Lata und Trara mit Mussolini und dem König. Welch ein Schwänzelein, welch ein süßliches „diplomatisches“ Getue, genau wie sie es den Bürgerlichen abgeguckt haben.

Allgemein bekannt ist die verschwenderische Kleiderpracht der Frau des russischen Volkshäufers Lunatscharski.

Es soll sich nur niemand einreden lassen, daß Frau Lunatscharski ihre glänzenden, ja märchenhaften Gewänder zur Schau tragen könnte, wenn ihr Herr Gatte nicht mehr Einkommen hätte als Noske, Wiffel, Bren usw., die in der kommunistischen „Neuen Arbeiterzeitung“ (Hannover) Nr. 130 vom 24. Juni 1931 von einem literarischen Schmierfinken zifflert werden.

Es ist widerlich, sich mit solchen Bartschen herumblagen zu müssen. Aber was hier gesagt ist, muß als Echo gewertet werden.

Bilanzen der kommunistischen Gewerkschaftspolitik.

In der Plenartagung der Exekutive der Komintern (11. Ekhi-Plenum) hielt Lojowski, der Generalsekretär der RGD, ein Referat über „Die Weltkrisis und die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats“. Das Referat war in der Hauptsache der Analyse der „toten“ Gewerkschaftsbewegung in den wichtigsten Ländern gewidmet, und da erfährt man denn aus berufenem Munde eine Reihe von interessanten Tatsachen.

So wurde von Thalmann in der Ekhi-Tagung berichtet, daß die deutsche RGD. insgesamt 150 000 Mitglieder zählt, und zwar 50 000 in selbständigen Verbänden, 30 000 in Arbeitslosenverbänden und 70 000 in Betriebsgruppen. Lojowski freilich findet diese Zahlen „wenig fröhlich“. Und mit Recht! „Für Deutschland“, führt er aus, „ist das keine Massenorganisation, sondern nur der bescheidenste Schritt zur Bildung einer gewerkschaftlichen Massenorganisation“. Diesen Satz illustriert Lojowski dann weiter:

„Die Ursachen liegen u. E. darin, daß die RGD. den Massen als Gewerkschaftsorganisation der Partei gegenübertritt, daß wir der Heranzüchtung aktiver parteiloser Kader keine genügende Aufmerksamkeit widmen, daß die RGD. noch zu wenig in Latein bewiesen hat, daß sie in der Lage ist, die Führung von Massenkämpfen zu handhaben. Wir haben in Deutschland bedeutende Erfolge zu verzeichnen, aber diese Erfolge sind noch weit zurückgefallen; die RGD. ist zahlenmäßig noch schwächer als die Partei, sie erfährt nur den dreißigsten Teil der für die Kommunisten bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen. Die Partei hat das Vertrauen der Massen in Kämpfen erobert, die RGD. noch nicht, und die Hauptaufgabe besteht darin, daß wir die RGD. als parteilose Massenorganisation in den Vordergrund rücken, daß wir ihr Autorität und Vertrauen in den Massen verschaffen und, indem wir eine feste kommunistische Führung der RGD. durch die Fraktion entziehen, doch immer in Auge behalten, daß die RGD. nicht eine Anleihe der Partei, sondern eine Organisation ist, die berufen ist, die breitesten Massen in den Kampf gegen den Kapitalismus einzubeziehen.“

Der heutigen RGD.-Mitglieder soll also dadurch abgeholfen werden, daß man das wirkliche Verhältnis der RGD. zur KPD. vor den Arbeitern verschleierte. Die stetige Herabsetzung der eigentlichen Ziele der KPD. erscheint Lojowski als schädlich. Man kann's begreifen.

Genossenschaftsbewegung.

Gute Entwicklung der Volksfürsorge.

Im neuen Verwaltungsgebäude in Hamburg fand kürzlich die Generalversammlung der Volksfürsorge statt. Die Beschlüsse der Generalversammlung legen erneut Zeugnis ab von der gemeinsamen Wirksamkeit und der großen Leistungsfähigkeit des Versicherungsausschusses der Arbeiterschaft. Vom Geschäftspräsidenten der Volksfürsorge, Hermann W. W. W., wurde berichtet, daß die Volksfürsorge in weitaus den meisten Fällen der arbeitenden Bevölkerung genützt. Der Versicherungsbefehl am Ende des Vorjahres betrifft sich nach den Angaben im Vorstandsbericht auf 2 186 687 Versicherungspolice mit 880 793 456 Mk. Versicherungssumme.

Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen betragen sich 1930 auf 59 343 863,39 Mk. Die Versicherungskostungen bei Sterbefällen erreichten 3 515 632,45 Mk. Die Gewinna- und Verlustrechnung schließt mit einem Überschuss von 13 089 993,44 Mk. Auf Vorschlag des Vorstandes und des Aufsichtsrates wurde durch die Generalversammlung die Verteilung des Überschusses wie folgt vorgenommen (abgerundete Zahlen):

- 1. Für die mit Gewinnanteilen Berechtigten . . . 11,48 Mill. Mk.
- 2. Für den geschäftlichen und den Reservefonds . . . 1,4 Mill. Mk.
- 3. Für die Verwaltung des Aktienkapitals . . . 0,05 Mill. Mk.
- 4. Vortrag auf neue Rechnung . . . 0,15 Mill. Mk.

Diese Verteilung gestattet es wiederum, den mit Gewinnanteilen Berechtigten in der Volksabteilung 30 Prozent, in der Lebensabteilung 35 Prozent der Jahresprämie als Gewinnanteile zuzuschreiben. Darüber hinaus wird den 1924 mit Gewinnanteilen Berechtigten noch nachträglich eine Erhöhung der Gewinnanteile in der Volksabteilung um 10 auf 20 Prozent, in der Lebensabteilung um 5 auf 25 Prozent zugesandt. Die Bilanz schließt in ihren Endzahlen auf der Aktiv- und Passivseite je mit 140.108.812,79 Mk.

Diese große Leistung war nur möglich durch das enge Zusammenwirken aller Kräfte. Die aufopferungsvolle Arbeit der Funktionäre, die umsichtige Verwaltung und die weitgehende Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften und andere befreundete Organisationen haben daran großen Anteil. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 hat erneut unter Beweis gestellt, daß die Volksfürsorge nicht nur eine gute, sondern auch eine billige Lebensversicherung bietet. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Volksfürsorge ihre Leistungsfähigkeit noch bedeutend steigern kann, wenn alle Gewerkschaftskollegen daran denken, daß sie Versicherungen für sich und ihre Familienangehörigen nur bei ihr abschließen.

Am 1. Juni bezog die Volksfürsorge ihr neues Verwaltungsgelände in Hamburg. Das achtgeschossige Gebäude, direkt an der Außenalster gelegen, macht einen imposanten Eindruck.

Die Volksfürsorge hatte von besonderen Einweihungsfeierlichkeiten abgesehen und dafür den Arbeitslosen in Hamburg eine größere Summe zur Verfügung gestellt.

Terrorismus

und proletarische Einheitsfront.

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder der Partei — mögen sie noch so zahlreich sein —, ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeits“, sondern weil all das Belehrende, Heißende und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Rosa Luxemburg: „Die russische Revolution.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Oberwalde. In der letzten Vierteljahrsversammlung gab Kollege Gläser den Geschäftsbericht und Kollege Stemann den Kassenbericht. Kollege Gläser streifte die wirtschaftliche Lage, ging auf das Erwerbslosenproblem und die Einführung der Vierzigstundenswoche ein, berichtete über die örtlichen Pläneleien mit den Unternehmern, über die Betriebsräteverfahren und erörterte das Organisationsverhältnis in den Betrieben. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung lag neben der schriftlichen Arbeit in der Erledigung von 82 Sitzungen, Konferenzen, Vertretungen vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes u. a. m. Kollege Gläser schilderte, mit welcher Raffinesse manche Unternehmer die tariflichen Abmachungen umgehen. Die Firma Bässcher u. Hoffmann, Dachpappenfabrik, konnte nicht die Zeit abwarten, die Akkorde des gekündigten Lohnabkommens vorzeitig zu reduzieren. Während der Reichsmantelvertrag eine Vereinbarung zwischen der Firmenleitung und der gesetzlichen Betriebsvertretung vorliegt, drückte die Direktion einfach einem Betriebsratsmitglied einen Zettel in die Hand mit dem Bemerken: „Diese Akkorde habe ich ausgearbeitet. Ein anderer Akkord wird von heute an nicht mehr gezahlt.“ Herr Samrad machte aber die Rechnung ohne den Wirt, denn unsere Kollegen reagierten darauf und arbeiteten vom fraglichen Tage an im Lohn. Der Herr Direktor versuchte andere Leute auf Grund eines Revolvers einzustellen, monoch Akkordarbeit nach dem neuen Satz zu leisten. Weiter sollten, da es sich um einige schon früher beschäftigte Arbeiter handelte, die Rechte des Urlaubs aus den früheren Jahren für null und nichtig erklärt werden. Der Kassenbericht schließt ab in der Hauptkategorie in Einnahme und Ausgabe mit 3526,22 Mk., in der Lokalkasse mit 2299,85 Mk. Die Zahlstelle zählt am Schlusse des Quartals 332 Mitglieder. Erwerbslos waren 30 Prozent der Kollegen. Längere Zeit nahm die Besprechung der Anträge zum Verbandsrat sowie des Berichtes über die abgeschlossene Lohnverhandlungen ein. Die Diskussion war fachlich und vom Geist getragen; die Arbeiterfrage möge sich andere Verhältnisse schaffen. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Generalversammlung den guten Willen des Hauptvorstandes und des Ortsrat, in dieser kritischen Lage im Interesse der arbeitenden Schichten nach einem Ausweg zu suchen und Abhilfe zu schaffen, würdigte. Lohnreduzierungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Sozialbeiträge bedeuten immerhin eine Lohnminderung von 20 Prozent je Arbeiter und Woche. Da aber die Betriebe zu einem großen Prozentsatz unter 7 Stunden arbeiten, bedeutet die Einführung der Vierzigstundenswoche für die Arbeiterschaft ein Nichts, wenn nicht neben der Herabsetzung und der Einführung der Vierzigstundenswoche zur Erhaltung der Kaufkraft ein voller Lohnausgleich gemacht wird. Das sollte Leitgedanke aller derjenigen sein, die in Zukunft die Lohnpolitik in der Organisation betreiben. In der Diskussion über die Anträge zum Verbandsrat wurden von einigen Kollegen die Beiträge unserer Organisation in Prozenten von früher und heute berechnet. Während wir in der Vorkriegszeit bei einer Arbeitszeit von 54 Stunden 1 1/2 Prozent unseres Wochenverdienstes als Beitrag entrichteten, zahlen wir heute bei einer 48ständigen Arbeitszeit einen Beitrag von 3 Prozent unseres Wochenverdienstes. Da aber viele Betriebe 40 Stunden und darunter arbeiten, entsteht hier schon ein Beitrag von 3,75 bzw. 4,75 Prozent unseres Wochenverdienstes. Auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage und in der Erkenntnis dessen, daß ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag gelten soll, sah sich die Generalversammlung gezwungen, diese Anträge zu stellen. Von 1890 bis 1922 hatten wir einen Monatsbeitrag von 25 Pf., also je Woche nicht ganz 6 Pf. Das kann natürlich kein Maßstab für die heutigen Verhältnisse sein. (Die Red.)

Greifenberg. Werbt für den Verband! Wie oft hört man Franzosen und Arbeitkollegen über die schlechte Zeit und die große wirtschaftliche Not schimpfen. Ja, es treten sogar Arbeitkollegen auf der Frage an was heran: Wie kommt es nur, daß es immer schlechter wird? Ein Arbeiter kann sich nicht mehr das Allernotwendigste zum Essen und Bekleiden kaufen. Die Arbeitgeber wägen doch einmal abzuhalten mit dem Lohnabbau, oder geht das noch weiter? — Man sieht hier, wieviel Anlaufarbeit unter der Arbeiterschaft noch vorliegt. Sie wissen nicht, wer die Schuld hat an allem. Sind wir Arbeiter etwa schuld an dieser ganzen furchtbar schweren Situation? Machen wir für unsere Familien die bittere Not? Nein und abermals nein. Wer hat dann die Schuld? Gebt Antwort, ihr abseits stehenden Arbeitkollegen! Ihr werdet sagen: Die Reichen, der Kapitalismus hat die Schuld. Ja, der Kapitalismus trägt die Schuld, denn er pökt uns nabarnherzig hinab ins Elend, er hat kein Herz, er kennt keinen Mitleidszorn. Nachgeliebe ist nur ein Scheingebilde bei ihm. — Viele denken nicht richtig nach, wenn sie über die Situation schimpfen und diskutieren. Ihnen schweben im Geiste immer Menschen vor, die an allem absolute Schuld haben. Sie machen sich eine falsche Vorstellung. Es ist eine Mission. Die große Schuld haben wir selbst mit an unserem Elend und unserer Not. Es kann schnell anders werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich einigt und an einem Strang zieht. Denn die Arbeiterschaft hat die große Mehrheit

auf der Welt. Aber einig muß sie sein. Dann können wir diktiert und das Elend abbauen. Viele treten ein, haben drei oder wenige Beiträge geleistet, stellen dann Forderungen und sind der Auffassung, nun muß der Verband auch gleich Unermeßliches leisten. Erst müssen wir etwas leisten und geschlossen dastehen, dann kann der Verband auch etwas leisten. Dann das Nörgeln von vielen Mitgliedern und Unterorganisierten über unsere Angelegenheiten. Da heißt es immer wieder, denen geht es wohl, die leben einen guten Tag, bekommen ihr großes Gehalt und rauchen dicke Zigarren. Die so reden, wissen alle nicht, was unsere Angelegenheiten leisten müssen, wie sie sehr oft Sonntag und Alltags arbeiten müssen. Wer das weiß, der soll gerecht urteilen. In jedem Verein oder Verband, ob rechts oder links, gibt es Angestellte, die bezahlt werden müssen, das geht einmal nicht anders. Man kann beobachten, daß Frauen und Männer in Rechtsvereinen und -verbänden ohne Murren ihre Beiträge zahlen, heißt es aber, für freigewerkschaftliche Verbände, die wirklich ihrem Klassenstand helfen und ihre wirtschaftliche Lage verbessern, Beiträge zu entrichten, dann wird gemurrt. Im vaterländischen Arbeiterverband müssen alle Männer noch 65 Pf. Beitrag die Woche zahlen. Alle diese noch abseitsstehenden Arbeitkollegen und Arbeitskolleginnen helfen dem Kapitalismus und fördern seine Machtstellung. Darum, Kolleginnen und Kollegen, immer wieder Aufklärung schaffen! Das Zuerstversteht sich meistens unter der Arbeiter- und Kollegenchaft. Reid, daß, Mühseligkeit müssen beseitigt werden. Denn wenn alle so denken und handeln würden wie unsere abseitsstehenden Arbeitkollegen, wäre es dann besser für uns? Dann würde es noch viel, viel schlechter für uns sein. Wer hat bis jetzt alles geschafft und verteidigt für die Arbeiterschaft? Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Deshalb tretet ein in unsere Reihen und kämpft mit, damit wir uns befreien können aus dem Elend und unsere Kinder eine bessere Zukunft haben werden!

Ludwigshafen a. Rhein. Jubilarefeier. Am 14. Juni hatten sich die Mitglieder der Zahlstelle Ludwigshafen a. Rhein und Umgebung mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich in Rheingönheim zu einer Jubilarefeier zusammengefunden. Für den musikalischen Teil des Programms war die Kapelle Grün (Rheingönheim) gewonnen, und für den gesanglichen stellte sich der Chor Rheingönheim zur Verfügung. Ihre Darbietungen waren gut und fanden viel Beifall. Einen sinnigen Prolog zu Ehren der Jubilare sprach Fräulein Weber (Ludwigshafen a. Rh.), die ebenfalls reichen Beifall erntete. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Derringer, begrüßte alle Anwesenden, auch im Auftrag des Hauptvorstandes und der Ortsleitung, dankte den Jubilaren für die dem Verband bewiesene Treue und wünschte, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch lange Jahre dem Verbande als Mitglied anzugehören. Die Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. wurde vor 37 Jahren, im Jahre 1894, gegründet. Die heutige schlichte Feier soll der Ehrung von 223 Jubilaren dienen. Eine Kollegin und 222 Kollegen, alles treue, klassenbewußte Kämpfer, blickten auf eine Mitgliedschaft von 25 und mehr Jahren zurück. Schon vor drei Jahren konnte die Zahlstelle 73 Jubilare ehren, so daß sie insgesamt 296 Mitglieder zählen kann, die 25 und mehr Jahre dem Verbande nicht nur die Treue gewahrt, sondern auch tatkräftig mitgewirkt und mitgekämpft haben um eine bessere Zukunft, für eine Welt, in der das Kulturleben der Menschheit zum Erbe aller Menschen werden soll, für die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft. Besonders erwähnte er den Kollegen G. H., der seit 30 Jahren Geschäftsführer und seit 25 Jahren Angestellter der Zahlstelle ist und stets bestrebt war, die Interessen der Mitglieder und des Verbandes zu wahren. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ehrung der Jubilare. In seiner Festrede führte Kollege Schreiber etwa folgendes aus: Die heutige Zeit ist nicht angehen, Feste zu feiern, jedoch sei diese Veranstaltung nichts Alltägliches. Er wies darauf hin, mit welcher Zähigkeit und mit welchem Opfermut jahrzehntelang gekämpft wurde, mit dem Erfolge, daß die Gewerkschaften sich durchsetzen. Unser Verband zählt zu den größten, rührigsten und bedeutendsten Organisationen. Eines alten Kämpfers sei gedacht, der leider nicht mehr unter uns weilt, Franz Joseph Ehrhardt, der 1894 viel zur Gründung der Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. beitrug. Auch Polizeikommissaren konnten den Mühselig nicht hindern. Die Anstellung eines Kollegen schuf die Möglichkeit, besser die Interessen der Mitgliedschaft vertreten zu können. Im Namen der Zahlstelle, des Gaus und des Hauptvorstandes wurde alsdann den Jubilaren die Ehrenurkunde, ein sinnreiches Geschenk, und der Jubilarin außerdem ein Blumengebilde mit herzlichem Worten des Dankes für die vorbildliche Treue zum Verbande überreicht. Den jüngeren Generationen mögen diese Mitglieder als Vorbild dienen. Mögen die Jungen in die Fußstapfen der Alten treten, das Errungene hochhalten, ja noch weiter ausbauen. Im Namen der Jubilare dankte Gauleiter Fritz Kern (Ludwigshafen) für die Ehrung und versprach, auch fernerhin den harten, schweren und feintigen Boden weiterzubearbeiten im Interesse unserer Mitglieder. Er schloß mit den Worten: Der Kapitalismus hat den Verband nicht niedergedrungen. Der Sozialismus muß unser Ziel sein. Um dies zu erreichen, bedarf es der größten Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft. Man ging dann zum heiferen Teil über und vergaß auf einige Stunden des Alltags Last und Mühen. Um auch der jungen Generation gerecht zu werden, spielte die Musik später zum Tanze auf. Erwähnt sei noch, daß auch Mitglieder der benachbarten Zahlstellen Speyer und Mannheim erschienen waren. Auch ihnen gilt unser Dank, wie überhaupt allen Erschienenen und allen, die zur Verschönerung der Feier auf irgendeine Art beigetragen haben.

Waldsch i. Mecklenburg. Unsere Zahlstelle feierte am 20. und 21. Juni d. J. ihr 25. Stiftungsfest, verbunden mit der Ehrung von 22 Kollegen, die über 25 Jahre dem Verband angehören und als Gründer der Zahlstelle in Frage kommen. Sonnabend, 20. Juni, war der Tag der Jubilare. Die Jubilare erhielten neben dem Diplom vom Hauptvorstand noch als Geschenk die Festschrift „40 Jahre Kampf“ und einen Korbtahl. Zur Verschönerung der Feier wirkte der Arbeitergefangenenverein mit. Die Festrede hielt der Kollege Wiesenhütter im Auftrag des Haupt- und Gauvorstandes. Redner dankte in kurzen Ausführungen den Jubilaren für ihre Treue und ermahnte die Jungen, genau so treu zur Organisation zu stehen. Am Sonntag, dem 21. Juni, fand das 25. Stiftungsfest statt, das mit einem Umzug durch die Stadt begann. Kollege Wiesenhütter hielt wiederum die Festrede. Er schilderte zunächst, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Zahlstelle im Jahre 1906 gegründet worden ist und welche Opfer die Kollegen haben bringen müssen, die in erster Linie und in den vordersten Reihen gestanden haben, u. a. die Kollegen Lindhorst und S. Ehler sen. Redner dankte beiden Kollegen für ihre Treue und aufopfernde Mitarbeit; er dachte seinen Dank aus auf die Kollegen, die als Hilfskassierer an den Sonntagen treppauf und treppab laufen, auf die Kollegen, die in der Verwaltung tätig sind, und überhaupt auf alle, die am Auf- und Ausbauen der Zahlstelle regen Anteil nehmen. Er ermahnte die jungen Kollegen, den alten nachzueifern. Redner schilderte, wie schwierig es war, die Löhne in Woldegk — besonders für die Ziegelarbeiter — aufzubessern. Als die Zahlstelle gegründet wurde, bestand ein Stundenlohn von 22 bzw. 23 Pf. und eine Arbeitszeit von 11 bzw. 12 Stunden je Tag. Schon nach einjährigem Bestehen der Zahlstelle war es möglich, den Lohn der Ziegelarbeiter durch einen kurzen Streik auf 28 Pf. zu bringen und die Arbeitszeit auf 10 bzw. 10 1/2 Stunden herabzusetzen. So ging es Schritt für Schritt weiter, und heute beträgt der Lohn in Woldegk 67 Pf. je Stunde. Redner ging weiter auf die Unterfüttersleistungen des Verbandes ein; was der Verband geleistet habe und noch leisten, sei nur durch die Treue seiner Mitglieder möglich. Alles, was die Organisation auf diesem Gebiet und auf dem Gebiet der Lohnbewegung usw. geleistet hat, ist tausendmal höher zu schätzen als die Hezereien vom Hakenkreuz über den Stahlhelm zum Königin-Luisen-Bund. Im Namen der Jubilare dankte der Jubilar Kollege S. Ehler dem Haupt- und Gauvorstand sowie der Ortsverwaltung für die Glückwünsche und schönen Geschenke.

Verlag von H. Srey. Druck von G. H. S. Reiter & Co., beide in Hannover. — Verantwortlicher Redakteur: Gebhard Pöhl, Hannover. — Redaktion und Druckerei: Hannover, K. Rosenkranz & Co.

Chemische Industrie

Im Zeichen der „Schuh“-Jollpolitik

In der Zeitschrift „Die Chemische Industrie“ Nr. 25 vom 20. Juni 1931 finden wir unter der Überschrift „Produktions-einschränkung in der Zündholzindustrie“ folgende Notiz:

Die Verwaltung der Svenska Ländstisks Aktie Bolaget teilt mit: Auf Grund der im Geschäftsbericht angekündigten Verminderung von Ausführbestellungen für die schwedischen Zündholzfabriken steht sich die Leitung der Svenska Ländstisks Aktie Bolaget mit Bedauern genötigt, durch Niederlegung des Betriebes bei einer der kleineren Fabriken und gleichzeitiger Betriebs-einschränkung bei den übrigen eine Verminderung der Erzeugung in den schwedischen Fabriken vorzunehmen. Es wird daher der Betrieb der Fabrik in Göteborg eingestellt.

Der Rückgang der ausländischen Bestellungen ist hauptsächlich durch die Einföhrung prohibitorischer Zölle in gewissen Ländern veranlaßt, wo die Gesellschaft früher einen bedeutenden Absatz für die in den schwedischen Fabriken hergestellten Zündhölzchen hatte. Zuerst nach dem indischen Markt, wo die früher eingeföhrten Zündhölzchen allmählich eine fast vollständige Ab-sperrung der Einföhr verurteilt und die Gesellschaft gezwungen haben, dort hin eine Fabrikation zu verlegen, die die frühere Einföhr von Schweden jetzt bedeutend übersteigt, haben die letzten vorgenommenen Zollerhöhungen in Australien, Ägypten, China und den Vereinigten Staaten die Einföhr schwedischer Zündhölzchen nach diesen Ländern verhindert. — Durch Einföhrung prohibitorischer Zölle in den obengenannten Ländern wird die Gesellschaft also gezwungen, einen Teil ihrer Erzeugung ins Ausland zu verlegen, die sonst schwedischen Arbeitern Arbeits-gelegenheit gegeben hätte.

Das wirft ein eigenartiges Licht auf die Auswirkung des Nachstrebens, wie es vom Zündholztruff seit Jahren be-trieben wird. Nunmehr bekommen auch die schwedischen Arbeitskollegen die verhängnisvollen Auswirkungen des Welttruffs zu spüren. In Deutschland geht es ähnlich bei dem J.-G.-Farben-Truff, der auch aus Zollpolitischen Maßnahmen die Grenzen überspringt und große Teile seiner Produktion nach anderen Ländern verlegt hat. Zufälliger Export wurde dieses Mandöver einmal vom Farben-Truff genannt. Es ist nicht zu zweifeln daran, daß für die industriellen Unter-nehmungen auf diese Weise tatsächlich neue Vorteile ent-stehen, da ja im Gesamtunternehmen es ganz egal bleibt, wo die Gewinne erzielt werden. Die Leidtragenden sind aber zunächst in den Industrieländern die Arbeiter, denen Verdienst-möglichkeiten verloren gehen.

Auch die deutsche Zündholzindustrie leidet ja nicht zum wenigsten darunter, daß ihr die Exportmöglichkeiten infolge der Weltvertruffung in der Zündholzindustrie genommen worden sind. R. Segerer.

Aus- und Abbau bei der J.-G. Farbenindustrie.

Die jahrelange Konkurrenz der J.-G. Farbenindustrie mit den italienischen Farbenfabriken ist beendet. Das Hauptunternehmen auf dem Gebiete der Farben- und Sprengstoffindustrie in Italien, der große Chemiekonzern Montecatini, hat gemeinsam mit der deutschen J.-G. Farbenindustrie die Betriebe eines zusammen-gebrochenen Industrieunternehmens, der sog. A. c. n. a., übernommen. Dieses Unternehmen, das sich vorwiegend auf Farben, Zwischen-produkten, anorganischen Chemikalien aufbaute und außerdem noch pharmazeutische und Sprengstofffabriken besaß, wird dadurch saniert, daß durch die Übernahme das Aktienkapital von 126 Millionen Lire auf 1 Lira abgeschrieben wird.

Um die Betriebe wieder in Gang zu bringen, wird ein Aktien-kapital von 60 Millionen Lire eingebracht, und zwar 31 Millionen durch den Konzern Montecatini und 29 Millionen durch die J.-G. Farbenindustrie. Die neue Gesellschaft erhielt den Namen „N. e. n. a.“. In diese neue Produktionsgruppe geht auch der jetzige italienische Betrieb der J.-G. Farbenindustrie in Bianchi über, wobei die Montecatini 49 Prozent des Aktienkapitals von 20 1/2 Millionen Lire übernimmt.

Die J.-G. Farbenindustrie hat durch diese enge Verflechtung mit der italienischen Großchemie zweifellos neben der Ausschaltung der jetzigen Konkurrenz erhebliche finanzielle Vorteile zu er-warten.

Neue Zusammenschlüsse

der Sprengstoffinteressen im Farbentruff.

In Deutschland hat die J.-G. Farbenindustrie in den letzten Wochen die seit Jahren bereits vorgenommene Konzentration in der Sprengstoffindustrie weiter ausgebaut. Bereits seit längeren Jahren hat sich die namhaftesten deutschen Sprengstoffbetriebe mit-einander verschmolzen. Mit der Dynamitaktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel & Co. in Köln, der Rheinisch-Westfälischen Spreng-stoff-WG. in Köln und der Aktiengesellschaft Siegener Dynamit, AG., in Köln bestanden Verträge bis zum Jahre 2024. Das Aktien-kapital der Unternehmen wurde untereinander ausgetauscht. Der Farbentruff hatte sich das Recht vorbehalten, die ganzen Aktien dieses Unternehmens zu erwerben. In den letzten Jahren hat er sich auch wegen der verwandten Fabrikationsgrundstoffe (Nitro-zellulose) die maßgebenden deutschen Rohzelloidfabriken ange-gliedert, wodurch die monopolartige Herrschaft des Farbentruffs auch auf dem Gebiete der Rohzelloidindustrie und darüber hinaus-gehend auf dem Gebiete der Kunstharze und plastischen Massen gesichert ist.

Darüber hinausgehend wurde in den Aufsichtsratsitzungen der J.-G. Farbenindustrie mit den in Interessengemeinschaft stehenden Sprengstoffgruppen beschloffen, zum Zwecke der Vereinfachung der Geschäftsföhrung die Fusion der Rheinisch-Westfälischen Spreng-stoff-WG., Köln, der Siegener Dynamitfabrik, AG., der Deutschen Sprengstoff-WG., Köln, der Rheinischen Dynamitfabrik, Köln, der Dresdener Dynamitfabrik, Köln, der Westdeutschen Sprengstoff-werke, AG., Köln, mit der Dynamit-AG., vorm. Alfred Nobel, vorzunehmen. Die Nobel-Dynamit wird ihr Stammkapital, das bisher 37,5 Millionen Mark betrug, um 9,5 auf 47 Millionen Mark erhöhen. Ein weitgehender Aktienaustausch der Unternehmen untereinander wird vorgenommen werden.

Damit ist die früher bereits vorgenommene teilweise Fusionie-rung der deutschen Sprengstoffindustrie in eine Vollfusion unter der Herrschaft der J.-G. Farbenindustrie umgewandelt worden.

Es taucht nun die Frage auf, aus welchem Grunde der Farben-truff die Vollfusion durchgeführt hat. Nach seinen Angaben ist es eine Maßnahme organisatorischer Art. Eine betriebliche Um-gliederung der Sprengstoffgruppe ist auch bereits durchgeführt worden. Für Köln-Rottweil wurde eine Leitung der Produktion herbeigeföhrt, dafür die Pulverfabrikation auf die anderen Fabriken übergang. Dafür soll in Köln-Rottweil die Zelluloseindustrie weitergeföhrt werden. Von weitgehenden Folgen soll dieser Schritt für die Verwaltung der Betriebe sein, die schon jetzt zentralisiert werden soll. Ob diese neue Konzentration auch Auswirkungen in Form von Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen bringen wird, sagt die Zeitschrift nicht. Nach den jetzigen Maßnahmen in ähnlichen Fällen scheint dies jedoch nicht ausgeschlossen.

J.-G. Farbenindustrie und Kunststoffsproduktion.

Seit längerer Zeit beschäftigt sich die Wissenschaft mit einer neuartigen Methode der Eisproduktion. Während bisher als Aus-

gangsprödukt für die Kunststoffsproduktion Wasser benutzt wurde, ist es durch neue Arbeitsverfahren gelungen, Kohlenäure in eine feste Form überzuföhren in Gestalt von Kohlenäureschnee. Dieser Schnee kann in feste Blöcke gepreßt werden und zeichnet sich ganz besonders durch eine verhältnismäßig lange Lebensdauer aus. Bei eintretender Verdunstung hinterläßt er keine Rückstände, so daß er technisch gewaltige Vorteile bietet. In Amerika bereits eingeföhrt, wird er zweifellos auch bei uns weitgehende Verwendung finden. Die J.-G. Farbenindustrie hat im Ammoniakwerk Merse-burg (Leunawerk) seit einiger Zeit die fabrikmäßige Herstellung von Trockeneis (feste Kohlenäure) aufgenommen, um auch in Deutschland dieses neue Produkt finanziell zu verwerfen.

Stilllegung des Werkes Griesheim-Elektron.

Während so auf der einen Seite trotz Wirtschaftskrise der Ausbau des Farbentruffs weitere Fortschritte macht, moderne Produktionsbetriebe laufend errichtet werden, hinterläßt der Farbentruff auf seinem Entwicklungswege zahlreiche Schutt- und Trümmerhaufen. Eine Reihe von Betrieben, einstmals die wich-tigsten Stöhpunkte in der Entwicklung zum Farbentruff, sind über-alkert, durch bessere Einrichtungen überflügelt worden und werden nun rücksichtslos zum Sterben verurteilt. In die Reihe dieser Betriebe scheint nun auch der Betrieb in Frankfurt a. M.-Griesheim der J.-G. Farbenindustrie eingereiht zu werden, da nach Mit-teilung in der Tagespresse die J.-G. Farbenindustrie in Auswirkung der bereits bei der Konzernbildung beabsichtigten Betriebs-konzentration den Zeitpunkt der Stilllegung für das oben genannte Werk gekommen läßt.



Nicht mit brennenden Kleidern davonlaufen!

Bestell Nr. 363-d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W.9.

Ruhe bewahren!

Mit einer erschöckernden Regelmäßigkeit kehren in der Zeitung die Meldungen wieder, daß Personen, deren Kleider bei Arbeiten im Haushalt oder Beruf Feuer gefangen haben, schreiend und in sinnloser Angst in den Räumen herumrennen, womöglich Türen und Fenster aufreißen oder auf die Straße eilen. Dieser instinktive Trieb ist nicht nur unzweckmäßig, sondern verschlimmert das Ubel, denn jeder Luftzug schürt und vergrößert die Flammen.

Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften hat ein altes bekanntes Struwelpeter-Motiv als Vorbild gewählt, um dieser hochgradigen Geföhrdung nach Möglichkeit vorzubeugen. Zweifellos wird dieses Warnungsplakat in allen Betrieben und Werkstätten, wo besondere Brandgefahr besteht, auch außergewöhnliche Auf-merksamkeit erregen. Solche Bilder haben ja den Zweck, zur Über-legung und zur Diskussion über solche Fragen anzuregen, so daß Arbeiter und Arbeiterinnen sowie auch Angestellte derartige ge-föhrdeter Betriebe nicht nur das Falsche von „Paulinens“ Handlungsweise besprechen, sondern auch die richtigen Gegen-maßnahmen: Flammen an brennenden Kleidern werden am besten mit Decken und durch Herumwälzen auf dem Boden erstickt!

Bereits im Laufe der letzten Jahre sind wesentliche Betriebs-abteilungen der anorganischen Produktion nach Bitterfeld und anderen Werken verlegt worden. Zurückbleiben sollen noch einige unwesentliche Produktionsabteilungen, so die Aufguss-Anlage (Schweiß- und Schneidverfahren) sowie einige kleinere Betriebs-abteilungen.

Bereits seit mehreren Jahren erfolgte in diesem Werke ein systematischer Arbeiterabbau, der namentlich ältere Arbeiter hart betroffen hat. Generationen von Arbeitern haben hier ihr Bestes an Lebenskraft hergegeben, eine Reihe wichtiger Produktionszweige des Truffs ist hier begründet und ausgebaut worden. Betriebe und Menschen, ein gemeinsames Schicksal ist beiden beschieden. Alt und ausgedient werden sie unbarmherzig beiseite geräumt. Die Dampfwalze der kapitalistischen Entwicklung rollt über beide rük-sichtslos und ohne Skrupel hinweg. A. Segerer.

Eine Konferenz der J.-G. Farbenindustrie in Kassel.

Starke, berechtigte Empörung innerhalb der Arbeiterschaft der J.-G. Farbenindustrie für die Betriebsräte dieses Truffs am Sonntag, dem 21. Juni 1931, nach Kassel zu einer Tagung zusammen. Der ungerückte Lohnabbau, die Kurzarbeit, die Einföhrung der Vierzigstundenswoche ohne genügenden Lohnausgleich und die Arbeiterentlassungen und -versetzungen haben die Arbeiterschaft bis ins tiefste beunruhigt. Eine Atmosphäre in den Betrieben ist dadurch geschaffen worden, die sehr schnell zur Explosion föhren kann. Die Delegierten sollten Mittel und Wege suchen, um der Gerechtigkeit wieder Gehör zu verschaffen und der dauernden Existenzverschlechterung der Arbeiterschaft einen Damm entgegen-zusetzen. Einigkeit, Geschlossenheit und Vertrauen zu den Gewerk-schaften war der Stern, der über der Konferenz schwebte. Der unerlöckerliche Wille, der Drang und der Schaffensgeist für den Ausbau der Organisation waren Gemeingut aller geworden. Die zu erledigende Tagesordnung lautete:

1. Wirtschaftslage und Arbeitszeitverkürzung in den J.-G.-Be-trieben. Referent: Kollege Haupt (Hannover).
2. Das Ergebnis der Betriebsräte-wahlen in den J.-G.-Betrieben und welche Lehren ziehen wir daraus? Referent: Kollege Adler (Hannover).
3. Stellungnahme zur Aufsichtsratswahl.

Der erste Punkt der Tagesordnung brachte ein in allen Einzelheiten gut ausgearbeitetes Referat des Kollegen Haupt. Er schilderte die Wirtschaftslage der J.-G.-Betriebe, die trotz der Wirtschaftskrise glänzend abgelaufen haben. Es wurden wieder 12 Prozent Dividende verteilt, und auch die Ausschüsse für das neue Geschäftsjahr sind nach den Auslassungen der föhrenden Leute in der J.-G. als gut zu bezeichnen. Die Geldmittel waren das

ganze Jahr hindurch flüssig. Schon sechs Monate vor Abschluß des Geschäftsjahrs konnte man feststellen, daß 12 Prozent zur Auszahlung kommen. Die Arbeiterentlassungen sind unter ganz eigenartigen Verhältnissen vorgenommen worden. Die Prämien- und Akkordarbeit ist stark verbreitet. Danach wurden von 327 019 Arbeitern 91 748 in Akkord und 69 517 unter Prämien-system beschäftigt. Im Zeitlohn arbeiteten 185 752 Arbeiter.

Der zweite Referent, Kollege Adler, behandelte in vortreff-licher Weise die verflochtenen Betriebsräte-wahlen. Trotz der zahlreichen Gegner ist es gelungen, unseren überragenden Einfluß zu erhalten. Die Nazis und Kozis haben nicht vermocht, trotz der gemeinsamen Lügen, nennenswerte Erfolge zu erringen. Das Ge-samtergebnis der Betriebsräte-wahlen ist folgendes:

Es erhielten	
die freien Gewerkschaften	147 Mandate,
die RGO-Gewerkschaftsleiter	55 Mandate,
die Christen	24 Mandate,
die Nazis	14 Mandate.

Der Kampf wurde in der schärfsten Weise geföhrt, und wir müssen jetzt schon Vorbereitungen treffen für die kommenden Wahlen. Reicher Beifall begleitete die Ausföhrungen beider Referenten. In der Aussprache, an der sich 25 Delegierte be-teiligten, wurden die Zustände in den einzelnen Betrieben be-sprochen und sehr wertvolles Material zufolge geföhrt. Die unspinnige RGO-Politik und die Unfähigkeit der RGO-Vertreter, Arbeiterinteressen zu vertreten, wurde von allen Rednern gebührend gekennzeichnet.

Einso scharf wurde die Jellenbild- der Nazis behandelt. Hitler im Speck, die Arbeiter - Dreck, das ist der Gradunterschied in der Hitlerpartei, was jeder Arbeiter selbst feststellen kann. Arbeiterinteressen können die Nazis nicht ver-treten, da sie ja mit Hilfe des Großkapitals und deren Unterföhrung gegründet worden sind.

Die nachstehende Entschloßung wurde einstimmig angenommen: „Die augenblickliche Wirtschaftskrise hat nicht vermocht, die Grundfesten der freien Gewerkschaften zu erschöckern. Im An-blick auf die große Zahl der Arbeitslosen fordert die Konferenz der Betriebsräte der J.-G. Farbenindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit in dem Ausmaß, daß es gelingt, alle Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Die Arbeitszeit-verkürzung darf nicht zu einer dauernden Schwöchung des Ein-kommens föhren. Die Auswirkung der Rationalisierung und der Wirtschaftskrise darf nicht die Arbeiterschaft allein treffen; die tragfähigen Schichten müssen viel schärfer herangezogen werden, als es jetzt der Fall ist. Einstimmig steht die Konferenz auf dem Standpunkt, daß nur ein festes Zusammenhalten von Gewerkschaften und Betriebs-räten durch die Wirtschaftskrise föhren kann.“

Die Konferenz war von 79 Delegierten besucht. Davon waren 46 Kollegen vom Fabrikarbeiterverband, 23 vom Metallarbeiter-verband und 4 Kollegen vom Verbands der Maschinen- und Heizer. Mit einem kurzen und begeisterten Schlußwort des Kollegen Großmann wurde die in allen Teilen gut verkaufte Konferenz geschlossen. Hertwig, Schriftföhrer.

Sonnenschein, Indanthren und Lehm.

Es lächelt weit des Rheines Fluß, Gata Morganas Liebeschmuck. In den Tälern, auf den Höhen ist ihr hold Gebild zu sehen.

Ist das Gold des Sonnenscheins Expansion des Haardter Weins? Konzentriert in Kabinets Nag, jet der Sonnenstrahl geföhrt.

Noch die Sonne wunderhold sendet auch zum Leid ihr Gold; trüb und traurig fällt ihr Strahl in den düstern Arbeitsaal.

Sonnig ist die Arbeit nicht, sie, der Sklaven heilige Pflicht. Drunken in der „Höll am Rhein“ war sie niemals Sonnenschein.

Im Gesicht vom Arbeitsmann trifft du selten Sonne an. Doch in den Farben Indanthren spiegelt sich die Sonne schön.

Drum, Sonne, geh nur hin zum Wein, du bringst in Sklaven niemals ein. Eingeschmiert mit Dreck und Lehm, kannst nie den Sklaven lächeln seh'n.

Goldig, gelber Sonnenstrahl, verschend des Arbeitsmannes Quall! Nach ihm ein frohes Angeföhrt, dem Schmutz und Lehm die Haut zerbricht!

Ihm dringt dann in die Poren ein nicht Licht und Luft und Sonnenschein. Es sind die Farben Indanthren, die kaum noch von der Haut weggeh'n.

Im Angeföhrt der Lehm und Schmutz, gegen Indanthren mein einziger Schwut. Drum lieber, guter Sonnenschein, geh fort, hier ist die „Höll am Rhein“! Aman Sönhill.

Nahrungsmittel-Industrie

Verdoppelung der Zuckersteuer.

Um den Zuckerverbrauch zu heben, hatte das Wirtschafts-komitee des Völkerbundes den einzelnen Ländern empfohlen, die Verbrauchsabgabe (Zuckersteuer) herabzusetzen. Aus finanziellen Gründen hat man in Deutschland zu diesem Mittel nicht gegriffen. Die Roterordnung vom 5. Juni d. J. bringt uns dagegen eine Verdoppelung der Zuckersteuer. Also statt den Zuckerverbrauch zu fördern, wird der Absatz weiter erschwert. Nachstehend bringen wir den Teil der Verordnung vom 5. Juni, demzufolge die Zuckersteuer erhöht wird:

Roterordnung vom 5. Juni 1931.

Kapitel II. Zuckersteuer.

Art. 1. Das Zuckersteuergesetz vom 9. Juli 1923 (Reichs-gesetzblatt I. S. 575) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Juni 1930 (Reichs-gesetzblatt I. S. 188) ist in folgender Fassung anzuwenden:

1. Im § 4 Abs. 1 Satz 1 ist statt „zehn Reichsmark 50 Reichs-pfennig“ zu setzen: „einzundzwanzig Reichsmark“.
2. Im § 7 Abs. 1 ist statt „zur Tierfütterung“ zu setzen: „zur Fütterung von Tieren mit Ausnahme der Pienen“.

Art. 2. Zucker, der sich am Tage des Inkrafttretens dieses Artikels außerhalb eines Zuckerherstellungsbetriebes, eines Ausfuhr- oder eines Zollagars befindet, unterliegt nach näherer Bestimmung des Reichsministers der Finanzen der Nachversteuerung.

Art. 3. Soweit beim Inkrafttreten dieses Kapitels Verträge über Lieferung von verfeuertem Zucker oder aus solchen hergestellten Erzeugnissen bestehen, ist der Abnehmer verpflichtet, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise im Betrage der Steuererhöhung zu zahlen, falls nichts anderes vereinbart worden ist. Die Verpflichtung tritt nur ein, wenn der gelieferte Zucker nachweislich der erhöhten Steuer unterlegen hat oder die Erzeugnisse aus solchem Zucker hergestellt sind.

Art. 4. Die Vorschriften dieses Kapitels treten am 16. Juni 1931 in Kraft.

Demnach ist vom 16. Juni an eine Erhöhung der Zuckersteuer um 100 Prozent eingetreten. Zu diesem Teil der Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat der Reichsminister für Finanzen eine Sonderverordnung vom 6. Juni 1931 erlassen, die in erster Linie die am Zuckerhandel interessierten Kreise angeht. Wir beschränken uns deshalb darauf, die wichtigsten Bestimmungen dieser Sonderverordnung auszugeweiht wiederzugeben. Nach Artikel 2 der Notverordnung, Kapitel 2, sollen Zuckermengen, die sich am 16. Juni außerhalb eines Zuckerherstellungsbetriebes, eines Ausfuhragars oder eines Zollagars befinden, der Nachversteuerung unterliegen. Hierzu bestimmt nun die Sonderverordnung im Artikel 1 § 2 und 3, daß Zuckermengen unter 100 Kilogramm, die sich außerhalb obiger Stellen befinden, nicht zu versteuern sind. Lagern außerhalb dieser Stellen jedoch Zuckermengen, die über 100 Kilogramm hinausgehen, dann ist der gesamte Vorrat zu versteuern. Es findet also eine Nachversteuerung der bereits in den Handel gebrachten Zuckermengen statt. Die übrigen Paragraphen des Artikels 1 enthalten die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Nachversteuerung.

Artikel 2 der Sonderverordnung behandelt in seinem § 1 die Steuererklärung und im § 2 die Steuerzurückvergütung für Zuckerwaren und zuckerhaltige Waren, die zur Ausfuhr bestimmt sind. Auch diese Bestimmung interessiert vorwiegend die an der Ausfuhr für Zuckerwaren beteiligten Kreise. Wir können auch auf ihre Wiedergabe verzichten. Die Sonderverordnung ist gleichfalls mit dem 16. Juni in Kraft getreten.

Die Notverordnung vom 5. Juni d. J. soll dazu beitragen, die Not in der deutschen Wirtschaft zu beheben. Über die Notverordnung ist in der Tagespresse und auch im „Proletarier“ an anderer Stelle das Nötige gesagt, so daß wir uns hier längere Ausführungen ersparen können. Wir möchten deshalb nur kurz folgendes bemerken: Die Notverordnung bringt für die arbeitenden Massen eine Reihe weiterer Befreiungen. Sie bemüht sich, den Weg für einen weiteren Lohnabbau anzubahnen. Sie hat die Arbeitslosenunterstützung bedeutend abgebaut, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zugunsten der Bezahler geregelt, und sie macht auch nicht halt vor dem Abbau der niedrigen Renten für Kriegsschadigte usw. Dazu bringt sie durch Erhöhung der Verbrauchssteuer eine Preissteigerung für ein so wichtiges Lebensmittel wie Zucker.

Durch Zwangskonfiskation hat die Reichsregierung bestimmt, daß die Zuckererzeugung dem Verbrauch angepaßt werden soll. Durch eine rege Propaganda soll daneben versucht werden, den Zuckerverbrauch zu steigern. Zu allen diesen Maßnahmen steht die Erhöhung der Zuckersteuer im schreiendsten Gegensatz. Es ist selbstverständlich, daß die Erhöhung der Zuckersteuer uns keinesfalls eine Steigerung des Zuckerconsums, höchstwahrscheinlich aber einen weiteren Rückgang bringen wird. Ein Rückgang beim Verbrauch aber wird für das nächste Jahr auch eine weitere Einschränkung bei der Zuckererzeugung bringen. Die Zuckerindustrie und die in ihr beschäftigten Arbeiter können also von der Erhöhung der Zuckersteuer allerlei, nur nichts Gutes erwarten.

E. Senkfeld

Unfallschutz in der Nahrungsmittelindustrie.

I.

Aus dem Bericht der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft über das Jahr 1930 entnehmen wir folgendes: Die Berufsgenossenschaft umfaßt im Berichtsjahre 76 715 Betriebe (69 671), in denen 513 606 (482 338) versicherte Personen beschäftigt waren. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 482 309 (431 316). Demnach ist bei der Zahl der Betriebe, der Beschäftigten und auch bei der Zahl der Vollarbeiter eine Steigerung eingetreten. Ob diese Steigerung auf einen besseren Geschäftsgang zurückzuführen ist, geht aus dem Bericht nicht hervor. Da aber auch die Zahl der Betriebe, die der BG angehören, gestiegen ist, kann angenommen werden, daß die Steigerung auf eine bessere Erfassung der zuständigen Betriebe zurückzuführen ist.

Im Jahre 1930 gelangten 19 741 (22 202) Unfälle zur Anmeldung. Entschädigt wurden 1587 (1251) Unfälle, 80 (67) Unfälle hatten den Tod zur Folge, 4 (2) Unfälle hatten dauernd völlige, 153 (146) Unfälle hatten dauernd teilweise und 130 (103) hatten vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. 2 Zahlen geben zu allerlei Bedenken Veranlassung. Zunächst ist die Zahl der gemeldeten Unfälle erschwerend erheblich zurückgegangen. Die Zahl der entschädigten Unfälle aber ist trotz dieses Rückgangs erheblich gestiegen. Stark gestiegen ist auch die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang und die Zahl der Unfälle mit dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit sowie der Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Diese Zahlen zeigen, daß die Gefährlichkeit der Arbeit mit der Mechanisierung der Industrie zunimmt.

Gerade in der Nahrungsmittelindustrie hat der technische Fortschritt in den letzten Jahren große Umstellungen zur Folge gehabt. Bei den neuen Maschinen und Apparaten scheint es noch sehr viel an dem nötigen Unfallschutz zu fehlen. Außerdem bestimmt mit der zunehmenden Mechanisierung die Maschine immer mehr das Tempo der Arbeit. Der Mensch muß sich ihr immer mehr anpassen. All diese Umstände haben sicher dazu beigetragen, daß wohl die gemeldeten Unfälle an sich zurückgegangen sind, die eingetretenen Unfälle aber schmerz-

mere Folgen hinterlassen haben als bisher. Auf je 1000 versicherte Personen entfallen nach dem Bericht 38,21 gemeldete, 3,07 entschädigte und 0,15 tödliche Unfälle. Über die Ursachen der vorgekommenen Unfälle äußert sich der Bericht folgendermaßen:

Die Ursachen der vorgekommenen Unfälle wird man in der Hauptsache im folgenden zu sehen haben: In nicht vermeidbaren Vorkommnissen, in Spielerei und Leichtsinn, in ungünstigen Betriebsbedingungen und in fehlenden Schutzvorrichtungen bzw. Nichtbeachtung der Unfallmöglichkeiten beim Bau der Maschinen und der Apparate. Hierin ist fraglos die größte Unfallgefahr zu sehen. Leider ist im praktischen Fabrikbetrieb und auch in Ingenieurkreisen den Fragen der technischen Unfallverhütung im allgemeinen viel zu wenig und zu spät Beachtung geschenkt worden. Man begnügte sich meist mit Belehrungen und Anweisungen der Arbeiter, indem man ihrem unvorsichtigen Verhalten die Hauptschuld am Zustandekommen der Unfälle belegte. Schon der auf den Unfallanzeigen noch heute immer wiederkehrende Vermerk „handelte leichtsinnig oder verbotswidrig“, ferner „der Unfall ist auf ausschließliches Verschulden des Verletzten zurückzuführen“ beweist, daß dieser bequeme Weg der Verbote und Sollvorschriften für die Arbeiter nicht der ist, auf dem eine wirksame Besserung zu erwarten ist. Damit soll keineswegs die vielfache und wohl auch mit Recht beklagte Unvorsichtigkeit der Arbeiter in Schutz genommen werden.

Im großen und ganzen sind hier wohl die Ursachen für eintretende Unfälle richtig geschildert. Ganz richtig wird betont, daß es nichts hilft, wenn man dem Arbeiter immer die Schuld an dem eingetretenen Unfall zuschiebt. Es ist doch so, daß jemand, der täglich an gefährlichen Stellen arbeitet,

Täglich 3000 Unfälle

wurden im Jahr 1929 (das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet) bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldet. An jedem Arbeitstag forderte der Moloch Kapitalismus 15 Todesopfer. Die Zahl der Beschäftigten sinkt von Jahr zu Jahr, die Zahl der Unfälle hält sich auf der gleichen Höhe. Vermehrtes Schuffen, erhöhte Unfallgefahr, gesteigerte Arbeitslosigkeit und Abbau der Löhne, das sind die Segnungen, die die Arbeiterschaft von den profitlästern Unternehmern, von ihrer „vorbildlichen“ Wirtschaftsordnung mit der überfeigerten Rationalisierung erfährt. 3000 Unfälle täglich

und trotzdem Abbau der Sozialversicherung

wenn es nach den Wünschen der Unternehmer geht. Die Arbeiterschaft muß ihre sozialen Errungenschaften schützen, muß sie mit allen Mitteln verteidigen. Das erste Erfordernis dazu ist die Stärkung der freien Gewerkschaften, die von jeher den Kampf um Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung geführt haben und auch jetzt die besten Verteidiger der Sozialversicherung sind. Erhaltung und Ausbau der Sozialversicherung und Stärkung und Ausbau der freien Gewerkschaften sind untrennbare Begriffe. Eins ist ohne das andere nicht möglich. Denke daran! Sei überzeugtes, tätiges Mitglied! Wirb für deinen Verband!

manche Gefahr nicht mehr sieht und zum Teil auch nicht sehen kann, weil ihm das Tempo der Arbeit dazu gar keine Zeit läßt. Deshalb können wir die Bestrebungen der NBBG, die darauf hinauslaufen, daß die Maschinen bei ihrer Erstellung von vornherein genügend geschützt werden, nur unterstützen. In anderer Stelle sagt der Bericht dann folgendes:

„Andererseits ist es doch selbstverständlich, daß der Arbeiter die nach dem Grade seiner subjektiven Geschicklichkeit, Einsicht und Erfahrung natürliche Vorsicht anwendet und sich nicht mit Absicht durch die Maschine verstimmen läßt. Eine absolute, auf die persönliche Sicherheit gerichtete Aufmerksamkeit während der ganzen Arbeitszeit wird von keinem Menschen verlangt werden können. Hinzu kommt die wachsende Vertrautheit mit der Gefahr und das träge Gefühl der Sicherheit, das das verhältnismäßig lange Ausbleiben eines Unfalls dem einzelnen gibt.“

Der Bericht bestätigt also, was wir weiter oben ausgeführt haben. Es führt niemand absichtlich einen Unfall herbei, um seine gesunden Glieder oder sein Leben aufs Spiel zu setzen. Ganz richtig sagt der Berichtsfasser, daß die Hauptsache für die Unfallverhütung sei, daß auf der Arbeitsstätte eine unsichere Atmosphäre herrsche.

In längeren Ausführungen nimmt der Bericht dann dazu Stellung, daß immer noch neue Maschinen ohne den nötigen Unfallschutz geliefert werden, obwohl die Unfallverhütungsvorschriften der NBBG befehlen, daß diese Maschinen ohne den vorgeschriebenen Schutz nicht in Betrieb genommen werden dürfen. Die Berufsgenossenschaft hat wiederholt Verhandlungen mit Maschinenbauunternehmen geführt und den Einbau des nötigen Schutzes bei Erstellung der Maschinen gefordert. Wie in früheren Berichten, so wird auch in diesem Bericht die Forderung aufgestellt, daß dem Maschinenbauer gesetzlich vorschreiben sei, daß er den nötigen Schutz von vornherein an der Maschine anbringt. Wir können dieses Bestreben nur unterstützen und schließen uns dieser Forderung in vollem Umfange an. Mit Recht wird gesagt, daß der spätere Ein- oder Ausbau des Unfallschutzes viel mehr Arbeit und viel mehr Unkosten verursache, als wenn der nötige Schutz gleich beim Bau der Maschine ein konstruiert wird. An den verschiedensten Stellen des Berichts wird immer wieder darauf verwiesen, daß die Unfälle hätten vermieden werden können, wenn der nötige Schutz an der Maschine vorhanden gewesen wäre.

In dem Bericht werden dann die Unfälle im einzelnen besprochen, die an den verschiedensten Betriebsvorgängen eingetreten sind. Durch Kraftübertragungsanlagen aller Art ereigneten sich 215 Unfälle. Davon entfielen 130 auf größtenteils mangelhaft oder ungeschützt gelassene Zahn- und Kettenräder. Es ist geradezu erschreckend, daß Betriebsstellen, wie Zahn- und Kettenräder, die verhältnismäßig leicht zu schützen sind, immer noch in so großem Umfange ungeschützt sind. 55 Unfälle wurden gemeldet, die sich durch elektrischen Strom zugezogen hatten. Davon waren 8 Unfälle tödlich. Der Prozentsatz der tödlichen Unfälle ist hier sehr hoch. Mit Recht

verweist der Bericht auf die besonderen Gefahren, die der elektrische Strom mit sich bringt. 221 Unfälle ereigneten sich an Knetmaschinen. Die Gefährlichkeit dieser Maschinenart hat die Berufsgenossenschaft veranlaßt, hierfür neue Unfallverhütungsvorschriften herauszugeben, die in nächster Zeit veröffentlicht werden. Gefährlich sind auch die in der Nahrungsmittelindustrie viel gebrauchten Walzmaschinen. Hier wurden im Berichtsjahre 131 Unfälle gemeldet. Der Bericht bringt eine Skizze einer Schutzvorrichtung, die bequem an jeder Walzmaschine angebracht werden kann.

Bei Bedienung von Kreisfrägen kamen 48 Unfälle vor. Obwohl die Gefährlichkeit einer Kreisfräse allgemein bekannt ist, wurden Kreisfrägen angekröhen, bei denen der einfache Schutz fehlte. Die Gefahr an den Kreisfräsen wird im Bericht einer längeren Betrachtung unterzogen. Nicht oft genug, so heißt es dort, kann auf die außerordentliche Gefährlichkeit des Einatmens von Ammoniak und Schwefelsäure hingewiesen werden. Vielfach stellen sich erst später Gesundheitschädigungen ein. Außerordentliche Vorsicht sei daher hier immer am Platze. Die zunehmende Verwendung von Pack- und Einwickelmaschinen erfordert die besondere Aufmerksamkeit aller am Unfallschutz Beteiligten. 109 Unfälle an diesen Maschinen wurden im letzten Jahre gemeldet. Die Unfälle sind fast ausschließlich auf die den einzelnen Bauarten anhaftenden Gefahren zurückzuführen. Eine Verhinderung wäre also möglich, wenn man die Konstruktion ändern würde. Gefährvolle Anlagen sind auch Fahrstühle, Aufzüge usw. Hier waren 82 Unfälle zu verzeichnen. Trotzdem die Rahnfördermittel (Gurt-, Band- und Kettentransportanlagen, Becherwerke usw.) in der Nahrungsmittelindustrie nicht allzustark vertreten sind, wurden hier doch 67 Unfälle gemeldet. 40 entschädigungspflichtige Unfälle ereigneten sich durch Leitern. Ein Beweis dafür, daß der Leiterschuh immer noch nicht genügend ausgebaut ist. Die Zahl der durch Traglasten auf ebener Erde, oder auf Treppen usw. Verunglückten betrug im Berichtsjahre 100. 70 Unfälle ereigneten sich an Dampfkochkesseln u. dgl. Sehr hoch ist die Zahl der Unfälle, die durch Automobil- und Motorradverkehr entstanden sind. Im Berichtsjahre wurden 1000 derartiger Unfälle gemeldet.

Wir haben einen kurzen Auszug aus dem Bericht über die Unfälle und diejenigen Arbeitsstellen, an denen sie sich ereigneten, gebracht. Der Bericht bietet sonst sehr viel Anregungen und gibt sehr viel Winke, wie diese Unfälle verhütet werden können. An den verschiedensten Stellen wird aber immer und immer wieder betont, daß oft mangelhafter Schutz die Ursache zu dem Unfall gewesen sei. An unsere Unfallvertrauensleute richten wir daher das dringende Ersuchen, darauf zu achten, daß alle Maschinen und Apparate in unseren Betrieben der Nahrungsmittelindustrie mit dem vorgeschriebenen Unfallschutz zu versehen sind. Namentlich bei neu aufgestellten Maschinen ist hierauf zu achten. Der Bericht sagt:

„Der Weg der Ermahnungen und der Vorschriften an den Arbeiter wird so lange unfruchtbar bleiben, als nicht Ingenieur und Maschinenbau durch die Tat zeigen, daß sie selbst von dem Erfordernis eines energischen Kampfes gegen die Betriebsunfälle durchdrungen sind.“

Wir möchten hinzufügen, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, den Unfallschutz zu fördern und für seine Durchführung in allen Fällen zu sorgen. Er ist geschaffen, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Nur dann, wenn die Arbeiterschaft an diesem Schutz selbst energisch mitarbeitet und seine Durchführung energisch fordert, wird er in den Betrieben zur Anwendung kommen. Der Arbeitgeber sieht oft zunächst nur die Kosten, die der Unfallschutz verursacht, er glaubt sparen zu können. Er spart aber an der verkehrten Stelle. Oft müssen die Arbeitgeber das Mehrfache dessen, was der Unfallschutz kostet, an die Berufsgenossenschaft als Umlage zahlen, damit die Opfer der Unfälle unterstützt werden können. Dann schimpft man über hohe soziale Lasten, obwohl man durch Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften sparen könnte. Um so mehr muß aber für die Arbeiterschaft oberster Grundsatz sein: Schutz für Leben und Gesundheit! Dem Bericht sind eine Reihe Skizzen und Entwürfe beigegeben, die zeigen, wie der nötige Unfallschutz praktisch durchgeführt werden kann. Auf die zur Durchführung des Unfallschutzes getroffenen Maßnahmen kommen wir in einem nächsten Artikel zurück. E. Senkfeld

Jugendbewegung.

Das Glück der Jugend.

Wir haben nicht viel; Aber wir haben ein Ziel: Frei zu sein Und im Herzen rein!

Und wir haben den Wind; Wir sind sein Kind: Hand in Hand Stürmen wir über Städte und Land!

Und wir haben den freien Blick; Der ist ein großes Glück: Die Welt mit den Augen der Sonne zu schauen Und nach unserem Willen die Welt anzubauen.

Und wir haben den Wald, Ob 's Sommer — ob 's kalt: Immer ist der Wald unser Dom; Unsere Altarkirchen heißen Sterne und Mond!

Und die Wolken, Die lieben, bunten Wolken: Die sind unser Trost; Wenn der Lärm der Fabrik uns wild umstößt.

Wir haben nicht viel Und sind dennoch glücklich im Ziel: Frei zu sein Und im Herzen rein!

Ray Doria

* Die in Klammern gesetzte Zahl ist die des Berichtes.

Der Kampf um die Jugend.

Die Jugend ist durch die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in letzter Zeit außerordentlich stark politisiert worden. Die soziale Not zwingt sie zur Beschäftigung mit politischen Fragen. Von den Erwerbstätigen bis zum 21. Lebensjahre fielen allein etwa 700 000 der Arbeitslosigkeit anheim. Das trug starke Gefahren in sich. Schlagwortpolitik fand Eingang in jugendliche Brauseköpfe. Überstürzt wird oft Stellung genommen, ohne der Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Klassenkräfte gerecht zu werden. In immer stärkerer Maße konnten daher die radikalen Flügelparteien Einfluß gewinnen. Von der kommunistischen Bewegung ist das bekannt; von der nationalsozialistischen Bewegung aber erst seit dem Augenblick nicht verkannt werden.

Nun pläzt die Notverordnung wie eine Bombe in diese Entwicklung. Jugendliche bis zum 21. Lebensjahre sollen nur im besonderen Bedarfsfälle — wenn familiäre Lebensversicherung nicht mehr gegeben ist — Arbeitslosenunterstützung erhalten. Nach der Praxis der Bedürftigkeitsprüfung werden damit rund neun Zehntel der erwerbslosen Jugendlichen von der Unterstützung ausgeschaltet. Sie werden wirtschaftlich und ethisch entwurzelt. Wirtschaftlich wird für die Familie die Last untragbar, denn bei dem dauernden Lohnabbau sind auch die noch arbeitenden Familienmitglieder nicht mehr leistungsfähig genug, um den Sohn, den Bruder noch mit zu erhalten. Die überhand nehmenden Konflikte in der Familie drohen sich zu einer Tragödie für die junge Generation auszuwachsen. Zahllos sind heute bereits die Fälle, in denen das Jugendamt, die Wohlfahrtsbehörde zur karglichsten Lebensversicherung des jungen Menschen eingreifen muß. Auch die Last für die Kommunen wird daher noch größer werden.

Ebenso wesentlich sollte aber für uns auch das ethische Moment sein. Wo die soziale Entwicklung den oben skizzierten Lauf genommen hat, drohen allzusehr in jugendlichen die letzten Hemmungen zusammenzubrechen. Die Straße, seine Umwelt übernimmt die Aufgaben der jugendlichen Charakterbildung. In welche Richtung sie geht, braucht hier kaum erörtert zu werden. Die bürgerliche Gesellschaft und ihre Presse klagt die Jugend an, daß ihr Elitenwesen die jugendlichen Verbrecherbanden gefördert habe. Die bürgerliche Gesellschaft selbst und ihre soziale Gefahrenquelle schafft hier erst die Vorbedingungen zu solcher Entwicklung. Das sollte man klar erkennen. Wo die starken Bande der Familie, der ethische Halt einer erst zu nehmenden Jugendgemeinschaft den jugendlichen nicht stützen, da müssen jegliche Schranken fallen. Und die soziale Reaktion, die aus der letzten Notverordnung vor allem auch in Hinsicht auf das Jugendleben spricht, fördert diese Entwicklung weit mehr, als die meisten Menschen ahnen werden.

Eine Stütze in mannigfaltiger Beziehung wurden den Jugendlichen aber immerhin die durch die Kommunen geförderten Erwerbslosenzusammenkünfte in städtischen Heimen, die Erwerbslosenspeisungen, die Erwerbslosenkurse, die Erwerbslosenfeste und -wanderungen. Die Finanzkatastrophe in Reich, Staat und Kommune hat nicht nur diese Arbeiten stark eingeeengt; in vielen Orten — wie z. B. in Berlin — wurden die Altersschichten von 19. bis zum 21. Lebensjahre ganz von solcher Jugendhilfe ausgeschlossen. Auch darin sehen wir eine weitere Gefahr für die Entwicklung des Jugendlebens.

Am weitest nachhaltigsten wird sie sich auf politischem Gebiete auswirken. Der sozialen Not ist der Jugendliche am meisten ausgeliefert. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Straße und der Pfrase sind jetzt am größten, die moralischen und geistigen Hemmungen aber am geringsten. Es ist nicht zuviel behauptet, daß die letzte Notverordnung die Jugendlichen geradezu den radikalen Flügelparteien ausliefert. Das wird seine Wirkung nicht nur in den nächsten Jahren haben, in denen vielleicht die politische Spannung durch solche Entwicklung beeinflusst und ins Unerträgliche gesteigert werden kann. Diese Generation, die enttäuscht und verbittert die Krise der kapitalistischen Gesellschaft voll über sich ergehen lassen muß, soll Träger der Republik sein, die ihr Leben auf eine bessere Basis führt. Wie kann sie Vertrauen zu dieser Republik haben, wenn sie in ihr der schwersten sozialen und seelischen Not überliefert wurde! Die Blütenkränze des Dritten Reiches und die Vorpiegelungen vom freien Arbeiterstaat im Sowjetdeutschland können hier viel mehr wirken und daher jede politische Entwicklung zu gesunder Aufbauarbeit gefährden. Diese aber soll doch das nächste Ziel der Zusammenfassung und Ergänzung aller sozial fortschrittlichen Kräfte sein. Das wird nicht mit kapitalistischen Mitteln gehen, und man sollte daher sich auch in dieser Hinsicht Klarheit verschaffen.

Der Zug zu unproduktiver politischer Betätigung in der Jugend wird noch bestärkt durch die frommen Wünsche, mit denen die Einführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ begleitet wird. Es ist nicht einmal nur die Frage der zwangsmäßigen Arbeitsleistung oder der Durchbrechung jeder arbeitsrechtlichen Sicherung, die hier zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Viel wesentlicher ist noch der Geist der Militarisation, der darin steckt, und der bei der Denkweltweise weither Jugendkreise oft begeisterte Aufnahme finden dürfte. In diesem Zusammenhang ist auch die vielgenannte Abenteurerlust der Jugend etwas sehr Beachtliches, das nette nationalistische Frische tragen kann. Mit den Bestimmungen der Notverordnung ist deshalb der Kampf um die Jugend auf eine aktuelle Basis geschoben worden. Die Sozialdemokratie, die freien Gewerkschaften und die sozialistischen Jugendverbände werden alle Kräfte zusammenfassen müssen, um die damit verbundenen sozial und politisch gleich reaktionären Erscheinungen in jeder Hinsicht schnell und energisch zu unterbinden, damit dem sozialistischen Kultur Aufbau die Massen der jungen Generation erhalten bleiben. Adolf Lau.

Jugendtreffen der Fabrikarbeiterjugend Gau 8 (Thüringen).

Nach vor einem Jahre gab es im Gau Thüringen kaum Jugendgruppen unseres Verbandes. Eifrige Kleinarbeit über die Zeit des Winterhalbjahres hinweg hat aber Früchte getragen. Nun konnte auch der Gau Thüringen seine jungen Arbeiterinnen und Arbeiter zu einem Treffen rufen.

In Rudolstadt, einer der schönsten Städte an der Saale, fanden sich am 7. Juni 600 Jugendliche unseres Verbandes in großer Gemeinschaft zusammen. Schon am Sonnabend trafen von über 100 Jugendgruppen auf Lastautos und per Bahn in Rudolstadt ein. Glücklich und froh waren die Herzen nach lustiger Fahrt, heraus zu sein aus dem grauen Alltag. „Freundschaft und immer wieder Freundschaft“ klang der kameradschaftliche Gruß allen entgegen, warm erwidert in dem sicheren Bewußtsein einer Organisationsverbundenheit. Diese Verbundenheit kam auch darin zum Ausdruck, daß 200 Jugendliche Quartier in Arbeiterfamilien beziehen konnten. Die Jugendlichen des gastgebenden Ortes knüpften das Band der Freundschaft gar, rasi, und teils in Führungen an schöne Stellen des Ortes, teils in freiem Spiel und Jugendlied, wobei auch flotte Musik nicht fehlte, gingen die Stunden dahin. Viel zu schnell wurde es Zeit für die junge Schar, zu ruhen.

Sonntag — Festtag junger Fabrikarbeiter! Die Sonne steht noch tief, ihre ersten Strahlen wecken heute nicht nur junges Leben in der freien Natur; Sonnenwärme trifft auch die Herzen junger Proletarierkinder, und da atmet die gedrückte Brust, das Herz weitet sich — Leben erwacht!

Klassenbewußte Mädchen und Burschen ziehen singend durch den hellen Morgen, das rote Banner voran, hinauf auf das am Bergeshang gelegene Heim der Freien Turnererschaft Rudolstadt. Pünktlich 9 Uhr beginnt die Morgenfeier in dem geräumigen Saal des Turnerheims. Der Arbeitergesangverein „Volksschor“ Rudolstadt leitet die Feier ein mit dem Lied „Ich warte dein, du goldener Freiheitstag“. Ein Künstler-Gesangsquartett der Landeskapelle spielt hervorragend. Musik von Mozart und Haydn. Jugendkollegin Baumann (Almenau) spricht einen Vorpruch „Jugendtag“ von Bruno Schönlank. Sodann nimmt Kollege Liechens (Rudolstadt) das Wort und begrüßt im Namen der Jugendstelle Rudolstadt die Erschienenen mit herzlichsten Worten. Kollege Langenbach jr. als Vorsitzender des Ortsausschusses des DGB, findet treffende Worte der Begrüßung. Gauleiter Kollege Erdmann (Almenau) überbringt die Grüße der Gauleitung und dankt allen Mitarbeitern an der Gestaltung des Festes und im besonderen dem Kollegen Albin Karl vom Hauptvorstand für sein Erscheinen zum ersten Aufmarsch der Thüringer Verbandsjugend. Seine Ausführungen spiegeln das Leben der arbeitenden Jugend wider, zeigen die Not und Entbehrungen der kämpfenden Arbeiterschaft, schildern den Mut, die Ausdauer, die Kraft des sich nicht beugenden organisierten Pro-

Lohnabbau, Sozialversicherungsabbau, Zollaufbau, Kapital- und Steuerflucht.

Der Rücken der Arbeiter ist also der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist. Der Rücken der Arbeiter ist der grüne Tisch, auf welchem sie die Goldhaufen einkassieren, welche ihnen der günstige Coup der Roulette zuwirft und auf welchen schlagend sie sich für den ungünstigen Wurf mit der Hoffnung besserer Chancen für nächstens verträufen. Der Arbeiter ist es, welcher mit Lohnverminderung, mit Aufopferung mühseliger Ersparnisse, mit ganztägiger Arbeits- und somit Existenzlosigkeit die notwendigen Mißerfolge in jenem Spiel der Arbeitsherren und Spekulanten bezahlt, deren falsche Spekulationen und Berechnungen er nicht hervorgerufen hat, deren Eier er nicht verschuldet und deren Erfolge er nicht teilt.

Ferdinand Lassalle in „Bastard-Schulze“.

letariats; beleuchten das Wollen des Gegners, des Unvernünftigen, des organisierten Kapitals und gipfeln in der sich immer mehr als Notwendigkeit beweisenden Kraft und Stärke der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft. Einigkeit, Treue und Opferbereitschaft für den Verband mögen auch junge Generation als bewußte Kämpfer befehlen!

Dann überreicht Kollege Erdmann der Rudolstädter Jugendgruppe das vom Hauptvorstand gestiftete Gaujugendbanner. Seine feierlichen Weh Worte klingen aus in den Wäuch:

„Hoffen wir, daß unter diesem roten Banner die junge Generation weiterkämpft im Sinne ihrer Väter, ihrer Mütter, weiterkämpft für den Frieden der Welt, für ein besseres Leben der arbeitenden Menschheit!“

Ein von der Rudolstädter Jugend vorgeführter eindrucksvoller Sprechchor „Aufbruch“ ernenst stürmischen Beifall. Der gemeinsame Gehang des Liedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ endet die eindrucksvolle Morgenfeier. Eine Besichtigung des berühmten Museums auf Schloß Heidesburg konnte den Wissensdurst vieler stillen. Nach der Mittagspause begann der Demonstrationzug durch die Stadt. Gewaltig hebt sich das schöne Rot der Fahnen aus dem Gleichschritt einer Masse hervor. Wichtig wirken die Forderungen um Jugendchutz und -recht. Mit berechtigtem Stolz erfüllt schreien unsere Mädchen mit, die freudigen Sinnes dem Sozialismus huldigen. Aus allen aber strahlt die Hoffnung des Heute, daß sie das Morgen sozialistisch gestalten durch ihr und ihrer Kinder Wirken.

Die Nachmittagsstunden im Schöngarten fördert der launehafte Wettergott nur zu oft durch heftige Regengüsse. Wolke er frohe Gesichter trüben? Weil gescheh — dort im Schutze eines Baumes klingt lustig die Weise: „Regen, Wind, wir lachen drüber, wir sind jung, und das ist schön.“

Die Sonne kämpft für uns. Arbeiterjäger singen ein Kampflied. Kollege Karl vom Hauptvorstand nimmt das Wort. Schar durchdacht sind seine Worte von der Schwere der Gegenwart, von den Dingen, die die organisierte Arbeiterschaft und die Jugend angehen. Verständig zeigt er die Widersprüche einer unangenehm Weltwirtschaftspolitik, streift die damit verbundene Weltwirtschaftskrise und betont die so notwendige Einigkeit der Arbeiterschaft und die Wichtigkeit einer Stärkung des Klassenbewußtseins jeden Arbeiters. Unser Jugendtreffen möge durch seine Demonstration für die Rechte der Jugend werdend sich auswirken bei allen noch Fernstehenden! Unser Sinn für kulturelle Bedürfnisse findet seine Befestigung in der Beschäftigung veralteter Kulturwerte. Nicht deshalb, um veraltete Dinge neu aufleben zu lassen, beschließen wir, nein, lernen soll die Jugend aus den veralteten Kulturwerten, um an Stelle dieser neue Werte sozialistischen Inhalts zu setzen. So wollen wir stolz sein auf das Fortschreiten unserer jungen Bewegung in Verband, so wollen wir froh für unsere Idee kämpfen, wird sie doch getragen von der großen gewerkschaftlich organisierten Armee der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Schmieds muß es wieder geben! In die Berge, in die Täler des Thüringer Landes. Vorbei ist das erste Erreifen der Thüringer Fabrikarbeiterjugend. Aber alle kehren heim voll freudigen Hoffens auf die siegreiche Kraft des Verbändeneins, des Sozialismus! S. Langebach jr. (Vollstedt).

Rundschau.

Herr Duisberg leidet keine Not.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich am 9. Juni mit der gegenwärtigen Lage. Im Verlauf der Tagung sprach Geheimrat Doktor Duisberg, im Anschluß an Ausführungen über die letzte Notverordnung u. a. davon, daß die entscheidenden Schritte noch getan werden müßten, um die Wirtschaft von Fesseln zu befreien, die ihr durch die ungeheure Überlastung mit öffentlichen Abgaben und die falschen Methoden der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auferlegt worden seien.

Dr. Duisberg soll sich nur gedulden, die entscheidenden Schritte werden schon noch kommen. Wir vermuten, sie kommen ihm viel zu früh. Aber wenn er es nicht abwarten kann, bis der Umsturz kommt, so möge er sich an die Spitze „seiner“ Chemiarbeiter stellen und gegen den nimmerfertigen Kapitalismus zu Felde ziehen, denn die Weltwirtschaftskrise ist eine kapitalistische Krise.

Münzenberg J.-G.-Farben-Aktionär?

Ist es wahr, daß der Kommunist Münzenberg bei dem Berliner Privatbankhaus Bett, Simon u. Co. 70 000 (siebzigttausend) Mark J.-G.-Farben-Aktien für sich persönlich hinterlegt hat? Hat Münzenberg „a Interesse an hohen Dividenden“?

Unternehmern Geld für die Totschläger.

Die „Rheinische Zeitung“ brachte in ihrer Nummer vom 27. Mai 1931 folgende Meldung:

„Vor kurzer Zeit hat der Bergbauverband in Essen, im wesentlichen identisch mit dem Zechenverband, der schon vor den Septemberwahlen des vorigen Jahres gewaltige Summen in die Kassen der Nationalsozialisten gegeben hat, der nationalsozialistischen Parteileitung wiederum eine halbe Million bewilligt. Zwar fanden die Antragsteller, die führenden Leute des Verbandes, in der Sitzung der Zechengewaltigen einigen Widerspruch, aber schließlich wurde der Antrag angenommen und beschlossen, die Summe im Umlegungsverfahren nach einer bestimmten Verrechnungsmethode auf die angeschlossenen Zechen zu verteilen. Einige Persönlichkeiten des Bergbaues hatten Bedenken gegen die Bewilligung des Geldes. Sie wiesen auf sozialistische Forderungen im Programm der Nationalsozialisten hin. Hohnlachend wurde ihnen von den Wissenden versichert: „Ach was, Programm! Man weiß doch, was das bei dieser Bewegung besagen will, und wir haben auch entsprechende Garantien.“

Die Geldleute vom Bergbauverband müssen ja wissen, in welche Gesellschaft sie am besten passen. Wie sagte Marx:

Wenn das Geld nach Äugler „mit natürlichen Blutsflecken auf einer Backe zur Welt kommt“, so das Kapital an allen Poren blut- und schmutztriefend.

Schmus.

Wiedel Schmus reden die Nationalsozialisten alle Tage! Dabei ist „Schmus“ ein hebräisches Wort. Es stammt aus der Sprache des Volkes, das der Nationalsozialismus so verachtet. Schmo-os bedeutet da das Gehörte.

So wenig das israelitische Wort, also auch zum Nationalsozialismus paßt, so sehr ist der Begriff Schmus echt nationalsozialistisch. Denn was er auch bringt, es ist nur Gehörtes. Vom Führer, vom Diktator, von „Fremdstämmigen“ Gehörtes und Aufgenommenes. Gar nichts Freies und Eigenes. Nichts Erlebtes. Nichts aus der Masse heraus Gewordenes. Nichts, das aus der Wirklichkeit heraus geworden ist, aus der Not, aus dem Gegensatz der Klassen.

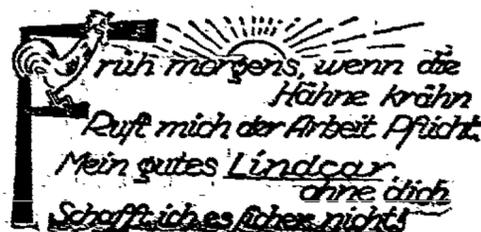
Literarisches.

Karl Schröder: Familie Markert, L. u. H. Gesellschaftsroman. Roman in zwei Bänden. Band I 235 Seiten, Band II 260 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis zusammen 9,80 Mk. Eine „einfache“ Erzählung: Das Leben eines pensionierten Eisenbahners mit Frau und fünf Kindern, so wie es heute in Berlin zu Hundstufen gelebt werden kann. Der erste Band ist ein wertvoller Einblick in das Leben der sozialistischen Arbeiter. Der zweite Band bringt den Einblick der gesellschaftlichen Kräfte in diese Familie. Arbeitslosigkeit und Politik spielen eine besondere Rolle. In erschütternder Weise wird der Prozeß der inneren und teilweisen auch äußeren Zerrüttung und Zerschlagung der Kleinbürgerfamilie geformt. Erschütternd die Mutter, die mit tiefer Liebe die ihren umschließt und doch nichts Unstetiges erreichen kann. Erschütternd der Weg des Sohnes Fritz vom sogenannten netzen jungen Mann bis zum wähen SA-Mann, der den eigenen Schwager im politischen Kampf niederschlägt.

Vom Umkehr bis Bedingung. In der augenblicklichen Zeit der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kommt ein Nachschlagewerk über die Entwicklung der Nachkriegszeit besonders gelegen. Darum wird auch das Nachschlagewerk von Hans Horkenbach, „Das Deutsche Reich von 1918 bis heute“, jetzt besonders lebhaft begrüßt werden. Dieses Buch gibt eine geschlossene Übersicht über die Entwicklung von Januar 1918 bis Ende Dezember 1929 in chronologischer Folge. Die ganze Entwicklung einsehlich, des komplizierten Verwaltungs- und Regierungsapparates ist mit zahlreichen Statistiken und Tabellen auf rund 800 Seiten in einem Bände zusammengefaßt — und kostet nur 25 Mk. Das Buch wird bald auch über seine eigentliche Zweckbestimmung hinaus für unsere Schulangelegenheiten herangezogen sein. — Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Betracht des außerordentlich wertvollen Inhalts des Buches eine Organisationsausgabe mit dem Originaltext der Verträge vereinbart, die zum Preise von 11 Mk. für das in 500 Exemplaren gebundene Werk an die freigeberwerblich organisierten Kollegen abgegeben wird.

Neue Aufgaben der Bildungsbildung. Das jeden erschienenen Juniheft der „Sozialistischen Bildung“ bringt ein Nachwort zum letzten Parteitag, ferner Abhandlungen über „Grundfragen der Abendvolkshochschule“, über „Das Wiener Volkshochschulwesen“, die Erwachsenenbildung in der „Volkshochschule“ und die Wiener Parteischule“. Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Büchermärkte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsbildung, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, stellt Problemnummern gern zur Verfügung.

R. Abramowitsch: „Wandlungen der bolschewistischen Diktatur“. Verlag J. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 25 Pf.



Unterhaltung, Wissen und Bildung

Gruß vom Verbandstag in München.

München, den 5. Juli 1931.

Meine Lieben!

Ich bin soeben glücklich in München angekommen.



Die Münchener haben vor Freude herzlich gelacht, als sie mich sahen.

Beste Grüße und auf Wiedersehen.

Da Regenschirm.

Von Peter Rosegger.

Da Sama hiasl hot an Weg über d' Alm. Wiar er aufl sogt ba da Lär na seiner Hüft, steht er afa Stagerl a Weil still und schaut um und um. Gugg ins Gebirg eini, gugg af die Bam hin, gugg in d' Sun, heidelt a Knopf, draht si um, draht si noubamoi um und gugg wieder in d' Sun.

„Da, Ost“, sogt er za sein Weib, däs ba da Lär steht, „was moantst du, kant ih nit an Regenschirm mitnehma?“

„Wiaß wiaß, Stua!“, moant sie. „Wiaß deucht, as wird nit ansholn, heint. Soz viel demt (Schwül). Und de Fluiga! Wird hafa nit schlecht sei, wan ih n mitnim.“

„Hoff recht, nim an mit.“ „Oba Leuzl, da Stedan war ma zan Gehr kamonia. Wans eppa douh schon bleibb, is da Regenschirm ungschickl, vogitst ah leicht drauf und lofta wou loan. Daz s' douh nit eppa gheiba war, ih nahu in Stedan und lofad n Schirm do.“

„Sa loffa do“, sogt sie. „Oba wons reguag! Afa gongz Weg aba d' Alm ka Doch, ih wurd wachschloß. Für a Furlorg kant ih n lacht douh mitnehmen, a Schirm!“

„Nan, nim an mit.“ „Da hiasl draht si wieder amoi um und um und schaut. Wiaß aber ah nit unuigla, daz s' ansholdad!“ sogt er. „As lacht a Stua! Unghandiga war er ma hoi viel, ban Bergsteiga, da Stedan. Wiaßs douh frei wogn, daz ih n do lofad n Regenschirm.“

„Nan, ja loffa do“, moant sie (schon a wenk gran). „Er schaut ins Gebirg eini, wo s' milchweißi Gwölz steht: „Auf freig tuas saggerast. Und d' Sun blegast siidi her! Scha frei a demt blegast ma d' Sun! As kimbb was heint! — Wan ih n douh mitnehma!“

„Oba Goud, ja nim an mit!“ „Af dos wird er wild: „Was hoast dos: Nim an mit, lofa do! Nim an mit, lofa do! Däs Unzucht, amoi soz, amoi soz, ih wos nit leidn. Daz i got a so monkeluakti mögn sei, d' Weibeleit!“

Der Teufel und das Münchener Mädle.

„Großmann!“ jagte der Sparfankerl und kocherte sich mit einem glühenden Schürhaken den Rest des Dynamitpatronenabdrings aus den Jähnen. „Großmann, die Hölle wird fad! — Es ist kein Schwanz mehr in dem Betrieb! Die Menschen begehren immer dieselben paar Sünden, schneiden im Kochschüssel immer dieselben Geschäster — weißt du, liebe Großmann, im Himmel kann es auch nicht langweiliger sein!“

Des Teufels Großmutter kante nachdenklich an ihrem Schwanz. „Geizhals!“ kante sie, „s' is schlimm mit dir! Du kante mit in die Hölle!“ „Wiaß du, was ih sag? Unterhaltung ischt dir! Jahr mal nach Monte Carlo, sich ein bißchen der Fremdenlegion za — es gibt doch so viele angenehme Zeremonien für einen Teufel in deinem Jahren!“

„Nichts!“ fachte der Sparfankerl. „Des wachst mir alles schon zum Hakenrechen heraus! Was fache wachst ich! Eine angenehme Seele wachst ih holen! Gidel sein wachst ich, der Welt an Wiederkehr anrechen! — Weißt du, was ich in, Großmann? Ein Münchener Mädle hot ich! Was haben wir heit für eine Nacht? — Wiaß du?“ „Leucht!“ — Mit dem nächsten Spreßbeinstiel schre ich nach wachst! Ja!“

Janachend moante er die Alte, hiß sie zum Abschied in die Kafe, las einer schmerzenden armen Seele noch schnell ein lyrisches Gedicht vor und fürchte davon.

In großen Saal des Hotels Wagner, ehemals Krester genannt. Die Nacht ischt. „Sag, mein Mädle, hupf recht hoch!“ — und die Mädels hupf-hupf-hupfen auch recht hoch. Es ist schwer zu entscheiden, ob die großen Regenlampen oder die kleinen Mädchenaugen heller leuchten. Mädchen blähen sich, Mädchen drehen sich, Mädchen verhalten sich, Liebende finden sich, Junglinge verbergen sich, Neugierige beobachten sich, Zärtliche umschlingen sich, Ehemänner enttragen sich, Eifersüchtige schelten sich, Weisen ermahnen sich! An den Tischen sitzen junge Leute, trinken Wein, den sie nicht verdienen, verbrüden Hände, die sie nicht einhalten, schwören die schwärzesten Schwüre. Kein Lehrling ohne Adel, kein Student ohne Doktorwürde, keine Telephonistin ohne Baronessentitel, kein Ladenmädle ohne Wapenher Engagement. Der Kommissar erzählt von seinen Schlägermanieren, der Ehemann gekocht, wie er sich nach einem eierigen Heim kehrt, die Kellnerin plaudert von ihrer Jumentifikation, und das Wapenmädle vertritt — aber nicht weiter. — Warum sie den Heiratsvertrag des jungen Kochschelker nicht abgelehnt hat. Wie er gewant hat, der arme Kochschelker!

So leid hat er ihr getan (mit mindestens sieben „o“ das so), so leid. Ihre Mutter will halt absolut, sie soll einen Erbsenjog heiraten. Ja, das sind solche Tragödien! — Schwindel ist das alles, was da geplatzt wird; echt sind nur die Duffeln. Und hiß! Geküßt, getanz, gelacht wird auf Deiwel komm raus.

Und der Deiwel kam heraus. Im eleganten Frack tänzelte er durch die Menge und musterte die Damen. Die Schwefelsäure lief ihm im Munde zusammen. Schmunzelnd zitierte er seinen Vetter Nephthosphores: „Die Racker sind doch gar zu appetitlich!“ Poß Nitroglyzerin und Arsenik, waren da niedliche Fragen darunter! Dort das mollige, runde Mädle — alle drei Zerbrüsköpfe, das wäre ein Hellenbissen!

„Spart, Conte di Fankerl“, stellte sich der Teufel vor. „Wann's d' nur sonst gesund bist!“ lachte das Münchener Mädle, nahm den angehobenen Arm und begann gleich in einem solchen Tempo zu plaudern, daß der Teufel kaum mehr zu Worte kam. Der Teufel schwitzte Perletröpfen. Er hatte den Trappistenorden nie leiden können, aber jetzt fand er die Ordensregel des Schweigens gar nicht so unympathisch. Und doch — das Münchener Mädle gefiel ihm ausnehmend. So frisch, natu, lustig war's; ganz so was anderes als die Großmutter! Und die herzige Sprache, von der er nur je das zehnte Wort verstand! Bei den Zinken der Hüllengabel, diese Seele mußte er haben!



Aber wie? Bekanntlich weitet der Teufel leidenschaftlich wie ein Engländer. „Weißt was“, sprach er hinterlistig, „wer am längsten tanzen kann, darf sich was wünschen!“ „Is mir aa recht!“ kicherie das Münchener Mädle. „I tanz eh für mein Leben gern! Aba sei net auf d' Fäß frein!“ „Ei, wie lachte der Teufel da in seine schwarze Seele hinein! Allein, er sollte sich künchen. Die ersten sieben Walzer hielt er zwar tapfer aus, obwohl ihm die Beine zu zittern begannen und das Aufheben vom Fuß losgegangen war. Aber beim achten Walzer fing er an zu schaukeln wie eine Münchener Vorortlokomotive. Seiner Lunge ging der Schwefeldampf aus.“

Das Münchener Mädle hingegen kanzte, als ob es keine Müdigkeit gäbe. „Hoß wird's ei!“ lachte sie. „Schwign mach ma wie da Deißl! Aba ich is! s' ganze Leb'n häunt i so tanzn!“ Und ohne Pausen schwebte sie dahin wie ein Engerl. Der Teufel hinkte, achzte stöhnte, und als gar der „Grassch“ an die Reihe kam, war's ganz aus. Denn in der Münchener Francaise kennt sich außer den Eingeweihten in der Lat kein Teufel aus.

„Jesse, den schang's d'!“ schrie das Münchener Mädle vor Vergnügen, ohne zu bemerken, wie der Teufel bei dem Worte „Jesse“ zusammenzuckte. „Ha! s' di scho derwischt, arm's Haischerl! I wünsch ma was! Du kante nimma!“

„Schwefelwasserstoff und Knallgas!“ kante der Sparfankerl heimlich; laut aber, sich mit Nähe zur Freundschaft zwingend, fragte er: „Was wünschst du dir denn?“

„Was s' trinken!“ „Also sehen die beiden bald an einem Tisch. „Dös da mag i“, entschied das Münchener Mädle und deutete auf eine Zeile der Weinkarte, wo Lacrimae Christi stand. Jetzt wäre der Teufel beinahe explodiert. Aber weil er fast so schlau ist wie ein Rechtsanwalt, überredete er das Mädle, lieber im Bierstübli mit ihm Bier zu trinken. Der Teufel erinnerte ihn an und für sich an sein Abenteuer mit dem schlechten Jecher, und daran dachte er nicht gerne, besonders seitdem sämtliche Bassisten sämtlicher deutschen Gesangsvereine diese Vallade singen.“

„Der am meisten Bier trinken kann, darf sich was wünschen!“ „Gna! I bin dabei!“ janzte das Münchener Mädle und trank gleich die erste Halbe auf einen Zug aus. „Profit!“ jagte der Teufel und machte es ebenso.



„Wann, Herr Fankerl! So is recht! Trinken kante d'!“ „Aber allmählich kam das Bierglas dem Sparfankerl immer schwerer vor. Er wurde heranzt, obwohl er zwischen jedem Glas ein paar Streichholzspitzen knapperte. Das Münchener Mädle hingegen trank und trank, hielt schon bei dem achten Glas und der vierten Portion Biercrabaten, und seine Angeln waren noch so klar wie zu Anfang.“

„An Durchkrieg! vom Bier!“ plauschte sie; „grad tottrinken kante i mit!“ Und sie schimpfte noch, daß die Gläser so schlecht eingeseht seien.

Dem Teufel waren sie viel zu gut eingeseht. Nach dem neunten Glas gab es plötzlich einen dumpfen Knack, als stele ein Stein auf den Boden. Es war aber nur das Herz, das dem armen Teufel in die Hosen gerutscht war.

Inlezt riß dem Bösen die Geduld. „Weißt du, wer ich bin?“ (Schie er so laut, daß sich die Umstehenden umbrehten und „Halt's Maul, Lacker!“ riefen. „I Bi e ch bist!“ antwortete das Münchener Mädle. „Der Teufel bist du!“ „Geh hoam an schlaf“ di aus!“

„Beim höllischen Kohlenmagazin: ich bin der Teufel!“ „Wann's d' der Deißl bist, nachher kante do aa bezeg?“ „Das glaube ich!“

„Kante di aa in a Weiswurt sch verwandeln?“ „Wiaß brüllte der Sparfankerl: „Ja!“

„Kellner! An leeren Teller!“ lachte das Münchener Mädle und hupfte vor Neugier.

Kaum aber stand der Teller auf dem Tisch, da lag auch schon der Teufel als Weißwurst darin. Und im selben Moment hatte ihn das Mädle gepackt, in den Senf gesenkt — zwei Bisse — und drunten war er. Und seit dieser Zeit haben die Münchener Mädle den Teufel im Leib. (Aus „Die Gewerkschaft“.)

Wie da Richter an folschn Zeugn dawisch hot.

Von Peter Rosegger.

Von Edelhofa der oldi Knecht, da Buidl, kimbb ins Stadl und frogg noch n Bezirksricht. s' grossi Haus selm afa Ploß, mitn gulban zwackspadn Vogl aba da Lär, fult nar eint gehn. Iba d' Silagn auffi; warn eb scha Leut obn in Vorzima, fult si na niedalehn af da Bank, ward scha grauft wern.

Nau is recht. Da Buidl mochts a so. Deaf ah richt nit lang wortn. Da Richtsdeana mocht die Lär auf ins Zimmer emi. Do dina sihn und stehn Leut umanond und ban Tisch da Herr Richter, und vor eahm a Kreuzsir mit zwoa brindnen Kirznistern. „Voran, voran!“ driffit (drängt) da Richter in Knecht za, er will mit da Wahndlung bogeltn stalt wern, morg is Christog. „Wie helhen sie?“ frogg er in Knecht.

„Jh?“ sogt da Buidl gonz zach. „Na, schnell, schnell!“ driffit da Richter. „Wiaß ih hoast? Lebuid Sumeregger loß ih mit schrebn.“

„Wie alt sind Sie?“ „Jh na“, moant der Buidl, „däs wird nit net fest.“

„Augenblicklich sagen Sie, wie alt Sie sind?“ „Nau in Gottesnom! Holt schon a forka Schizza. Wiaß (nahe) ba Siebazz. Die Zeit vageht.“

„Katholisch oder lutherisch?“ „Oba mei Gad, Herr Richter, za was dan?“

„Wenn Sie sich unterstehen, mir noch etmal za widersprechen, so laß ich Sie einstecken bei Wasser und Brot!“

„Jh mir doh eppa katholisch sei!“ „Sind Sie mit dem Angeklagten verwandt, verschwägert oder in Diensten?“

„Jh?“ sogt da Buidl, „mit wer? Mit den do? Oba Herr Richter, wo denkns dan hin?“

„Erpaten Sie sich solche Bemerkungen! Erheben Sie die Hand und schwören Sie!“

„Jo — zwegn we dan? Zwegn we dan schwin? Davoeg so was!“

Da Richter springt auf und schreit: „Arrestieren laß ich Sie, wenn Sie nur noch ein einzig Wort Gegenrede haben! Die Hand heben Sie auf! Sagen Sie es nach: Ich schwöre!“

„Eh schweere!“

„So wahr mir Gott helfe!“

„So wahr mir Gott helfe!“

„Alles zu berichten, was ich weiß!“

„Alles zu berichten, was ih woaß!“

„Nichts zu verschweigen.“



„Rit za verschweigen.“

„Die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit zu sagen.“

„Die Wahrheit, und nit als die Wahrheit za sogn.“

„Amen.“

„Amen.“

„Nan, was haben Sie zu sagen?“

„Jo“, sogt da Buidl, „an schon Gruas va mein Bann, von Edelhofer, und er kapt ditta; wan an da Herr Bezirksrichter d' Ehr schenken mögn, morgn za Mittag af an Kößl Suppn...“

„Wa-a-!“ schreit da Richter, „und Sie sind kein Zeuge?“

„Oba go nit.“

„Und a so hot da Richter an folschn Zeugn dawisch hot.“